

# **DENK-doch-MAL.de**

Das online-Magazin

ARCHIV

## Schwerpunktheft (Oktober 2019) Arbeit.Macht.Sinn

### Editorial

Michael Wendl: Die Rückkehr des  
Marktfundamentalismus

Friedhelm Hengsbach: Wozu eine wirtschaftliche  
Dynamik, die Ressourcen verschleißt und  
gesellschaftliche Risse erzeugt?

Erwin Helmer: Macht und Arbeit: Prekäre Arbeit –  
mit Macht überwinden

Interview mit Professor Dr. Fritz Böhle

Klaus Barthel: Warum es Sinn macht, die  
Machtfrage in der Arbeitswelt zu stellen

Gerhard Endres: Wirtschaftsdemokratie ist  
aktueller denn je.

Buchbesprechung: Felix Rauner – Der Weg aus der  
Akademisierungsfalle

Anmerkungen zum Positionspapier des  
Beraterkreises des ver.di Projektes „prüf-mit!“

Zitieren:  
Name, Titel, aus:  
**DENK-doch-MAL**  
(ARCHIV)  
Schwerpunktheft Okt.  
2019, S. xyz  
(<https://denk-doch-mal.de/>)

# Editorial

---

Von: **Gerhard Endres** (*Freier Journalist, Berufsschullehrer und Theologe, München*)

Die Ökonomisierung der Gesellschaft schreitet zum Teil schleichend und verborgen, zum Teil mit erstaunlicher Offenheit voran. Der digitale Kapitalismus gibt dieser Entwicklung einen zusätzlichen Schub. Soziale Medien wie Facebook, Instagram, Suchmaschinen wie z.B. Google, Online-Händler wie Amazon oder Softwarefirmen wie Microsoft erscheinen wie die lange ersehnten Heilsbringer einer neuen Prosperität. Die betriebswirtschaftlichen Konzepte der großen Internetplattformen sind für Außenstehende nur schwer erkennbar: „Das Kapital“, so titelt Timo Daum, „sind wir“, womit er darauf aufmerksam machen will, dass der von den Usern produzierte ‚Traffic‘ und die von ihnen gelieferten Informationen die Basis des Geschäfts der großen Internetgiganten bilden. Je mehr Informationen, desto besser, nicht Qualität, sondern Quantität entscheiden, oder mit den Worten Timo Daums: „Lüge und Wahrheit sind eins – einzig relevant Algorithmus, Ranking und Wahrscheinlichkeit.“ (ebd. S. 80) [1]

Angesichts dieser Entwicklungen stellen sich viele Fragen neu (und bedürfen doch vielfach Antworten, die in der Sozialgeschichte und Sozialethik durchaus bekannt sind). In der Debatte um die Entgrenzung der Arbeit taucht die Frage auf, ob neue Formen der digitalen Tätigkeiten schon oder noch mit dem Begriff der Arbeit oder der Erwerbsarbeit zu fassen sind. Damit einher geht ein weiterer Diskurs. Sind diese Tätigkeiten der Plattformökonomie Teil einer neuen Taylorisierung und entleeren sie Arbeit damit ihrer Sinnhaftigkeit oder bilden sich in ihnen neue Möglichkeiten der Sinnbildung ab?

Von Karl Marx und wichtigen „Klassikern“ vor ihm kennen wir die Unterscheidung von Gebrauchs- und Tauschwert. Der Gebrauchswert der Ware Arbeitskraft besteht demnach darin, über die Verausgabung von Arbeitskraft einen Mehrwert zu schaffen. Dieser lässt sich im Kapitalismus nur über den Gebrauchswert eines geschaffenen Produkts oder einer Dienstleistung realisieren. Der Gebrauchswert eines Produktes, humane Arbeitsbedingungen und sozial gestaltete Rahmenbedingungen geben Erwerbsarbeit Sinn.

Arbeit – so ist eine der Deutungslinien der Überschrift dieses Heftes – macht Sinn, genauer: es ist um die Sinnhaftigkeit von Arbeit zu streiten. [2] Aus der Geschichte der Arbeit wissen wir, dass dies in einem ambivalenten und interessebesetzten Umfeld geschieht. Die Höhe der Löhne ist genauso umstritten wie die Länge der Arbeitszeit, die Qualifikation oder der Arbeitsinhalt. Arbeit, Macht und Sinn bilden ein enges soziales Bezugsverhältnis, weil ökonomische, politische und soziale Macht die Verhältnisse, in denen gearbeitet wird, maßgeblich beeinflussen. Als

persönliche, institutionelle, politische oder ökonomische Macht von Eigentümern wird die Arbeit geprägt oder gar in verschiedener Weise bestimmt und beherrscht. Andererseits: Ohne die Macht von Beschäftigten und ihrer politischen und sozialen Organisationen hätten sich in der Geschichte der Arbeit nicht zentrale Möglichkeiten der Mitwirkung oder der Gestaltung von Arbeitsverhältnissen durchsetzen lassen. Ohnmächtig standen und stehen Beschäftigte oft genug Interessen und Entscheidungen großer Konzerne gegenüber. Ihre Macht verbirgt sich nicht selten hinter dem im Neoliberalismus wieder populär gewordenen Marktradikalismus oder den undurchsichtigen Strukturen multinationaler Digitalkonzerne. Macht kann zu etwas Gutem und Sinnvollen eingesetzt werden. Viel häufiger werden die verschiedenen Formen von Macht als unangenehm, bedrückend und nicht selten als Ausbeutung der Arbeit erlebt.

Ausgehend von der Überzeugung, dass Arbeit und Gesellschaft fundamental von den ökonomischen Prozessen und ihrer sozioökonomischen Deutung bestimmt werden, sind an den Anfang des Heftes zwei Beiträge gestellt worden, die sich mit wichtigen Teilaspekten dieses Themas befassen.

**Michael Wendl** befasst sich mit der ungebrochenen Bedeutung des Marktfundamentalismus und der zugrunde liegenden Theorie Hayeks. Eine besondere Note bekommt dieser Aspekt dadurch, dass Teile des sog. Rechtspopulismus eine Verbindung zwischen Marktradikalismus und nationalistischer Wirtschaftspolitik herzustellen versuchen. Wichtige Mitglieder der einflussreichen Hayek-Gesellschaft wie Alice Weidel, Beatrix von Storch, Peter Boehringer haben auch wichtige Funktionen in der AfD inne. „Nichts hasste Hayek mehr“ – so Michael Wendl – „als eine politische Mehrheit, die sich erdreistete, in die Marktgesetze einzugreifen, um sich vor den zerstörerischen Kräften des Marktes zu schützen.“

Die umfassende sozioökonomische Krise, der naturzerstörende Verbrauch der Umwelt, Armutsstrukturen innerhalb und zwischen den Gesellschaften, die enorme Konzentration von Reichtum und Vermögen in den Händen weniger machen ein Umsteuern und damit eine gestaltende Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik geradezu zur Notwendigkeit. **Friedhelm Hengsbach** gibt uns vier Anregungen mit auf den Weg: eine alternative Berechnung des Bruttoinlandsprodukts (um auch den Ressourcenverbrauch sichtbar zu machen); ein anderes, erweitertes Verständnis von Arbeit; mehr Zeitsouveränität für die Einzelnen; größere Räume für alternative Formen des Wirtschaftens.

**Erwin Helmer**, Betriebsseelsorger und damit einerseits täglich mit belastenden Folgen von Erwerbsarbeit konfrontiert, andererseits politisch, sozial und in seiner Weltanschauung wie Friedhelm Hengsbach geprägt von den Vorstellungen der katholischen Soziallehre, setzt sich in seinem Beitrag mit den negativen Auswirkungen prekärer Arbeit auseinander. Prekäre Arbeit kann man mit Blick auf die Entwicklung der Erwerbsarbeit in den letzten Jahrzehnten als eine Erscheinung

des modernen Kapitalismus deuten. Sie greift als Leiharbeit, als befristete Arbeit, als Werksvertragsarbeit, als Niedriglohnarbeit zunehmend um sich. Auf diese Arbeitsformen trifft zu, was Papst Franziskus in einer prägnanten Botschaft 2013 zum Ausdruck brachte: „Diese Wirtschaft tötet.“ (Evangelii Gaudium, vom 24.11.2013). Deshalb gebe es nur den Weg der Überwindung der negativen Auswüchse dieser Arbeitsformen.

Im Januar dieses Jahres gab es auf SPIEGEL ONLINE eine anregende Debatte über das größere Selbstbewusstsein von Handwerkern. Auslöser war die Meldung über einen Fliesenleger aus Bayern: „Weil ihn das Verhalten einiger seiner Kunden verärgerte, ist ein Fliesenleger einen ungewöhnlichen Weg gegangen: Bei seinem Betrieb aus der Region um Ingolstadt müssen sich bestimmte Berufsgruppen mit Auftragswünschen nicht mehr melden“ (SPIEGEL ONLINE.de, Abruf vom 12.1.2019). Gemeint sind hier vorrangig Menschen mit einem akademischen Berufsabschluss, die nach seiner Meinung ihm gegenüber nicht selten arrogant aufträten und seine Tätigkeit, seine berufliche Qualifikationen und seine Erfahrungen selten zu schätzen wüssten. So skurril diese Meldung anmutet, so grundsätzlich ist die Frage der Wertschätzung von handwerklicher Facharbeit in Gesellschaft und Arbeitswelt. An dem Problem der mangelnden Kooperation zwischen Ingenieurinnen und Ingenieuren einerseits und beruflich ausgebildeten Fachkräften im Betrieb andererseits anknüpfend, spüren in einem Gespräch **Fritz Böhle und Gerhard Endres** der Bedeutung der beruflichen Bildung und des Erfahrungswissens in der Arbeitswelt der Zukunft nach.

In den beiden nachfolgenden Beiträgen steht die politische Gestaltung im Vordergrund. Für **Klaus Barthel**, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD, stellt sich die Frage, wie angesichts der durch die Entwicklung auf den Finanzmärkten, durch Globalisierung und Digitalisierung verursachten Eingriffe in Arbeitsmarkt- und Arbeitspolitik wieder mehr Gerechtigkeit hergestellt werden könne. Zentral ist ihm, dass in der Arbeitswelt durch solidarisches Handeln die Machtfrage gestellt werden müsse. Zentrale Handlungsfelder sind für ihn eine solidarische Arbeitsmarktpolitik, die Schaffung einer Arbeitsversicherung, ein auch weiterhin auf Erwerbsarbeit beruhendes und an einer ausreichenden Grundsicherung orientiertes Sozialversicherungssystem, die Stärkung des Flächentarifvertrags und der Verhandlungspositionen der Gewerkschaften sowie die umfassende soziale Gestaltung von Arbeit und Arbeitsbedingungen.

Neue Formen der Arbeit drängen nach neuen Ansätzen der Organisation von Arbeitenden und die Regulation von Arbeit. Hierbei gibt es Traditionslinien, die aus der Vergangenheit in Gegenwart und Zukunft reichen. Eine dieser Linien bildet die Konzeption der Wirtschaftsdemokratie. Als zentralen Ansatzpunkt der Gestaltung von Arbeit beschäftigt sich **Gerhard Endres** mit der Bedeutung der Wirtschaftsdemokratie für die soziale Gestaltung von Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft. Jede Wirtschaftsordnung beeinflusst die Bildung und Bildungspolitik,

in dem sie finanzielle Ressourcen zur Verfügung stellt, aber auch die Inhalte der Bildungspolitik. Ein Beispiel: Der Stellenwert einer gesellschaftspolitischen Bildung in allen Schulen hängt davon ab, welchen Stellenwert eine emanzipatorische Bildungspolitik hat, die auch die jeweilige Ausprägung einer Wirtschaftsordnung kritische befragt. Duale Ausbildung, Bildung in den Schulen und Hochschulen und Weiterbildung braucht personale und finanzielle Ressourcen, um die nach wie vor vorherrschende Ungleichheit der Bildungschancen zu verkleinern. Finanzielle Ressourcen hängen auch vom Steueraufkommen und der Verteilung von Steuern ab. Steuerpolitik ist Ausdruck einer Wirtschaftsordnung. Die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik beeinflusst die Ausgestaltung jeder Form von Bildung.

In dem Beitrag werden einige Aspekte, die für eine Weiterentwicklung der bisherigen Formen von Mitbestimmung bedenkenswert sind, ausgeführt. Aufgrund der Komplexität und Vielschichtigkeit der Debatte können die Ausführungen nur ein persönlicher Impuls für eine Diskussion sein, der kürzlich Hans-Jürgen Urban, Hauptvorstandsmitglied der IG Metall mit seinem Buch „Gute Arbeit in der Transformation“ einen wichtigen Anstoß gegeben hat.

Den Abschluss bildet eine Buchbesprechung: **Gerhard Endres** bespricht **Felix Rauner**, Der Weg aus der Akademisierungsfalle, Die Architektur paralleler Bildungsgänge, Berlin, 2018, 155 Seiten.

Noch ein Hinweis in einer anderen Sache: Die Diskussion über das Prüfungswesen in der beruflichen Bildung, namentlich die Auseinandersetzung mit dem Projekt der kompetenzorientierten Prüfung hat DENK-doch-MAL einen weiteren lesenswerten Beitrag zu diesem Thema beschert. **Hans Borch und Gerd Labusch-Schönwandt**, die den Artikel zum kompetenzorientierten Prüfen verfasst haben, haben darin sich darin mit dem Positionspapier der „Sachverständigen des Beraterkreises des ver.di-Projektes ‚Prüf mit‘“ befasst und zu den aus ihrer Sicht kritischen Punkten Stellung genommen. Dieser Beitrag vervollständigt diese Ausgabe von DENK-doch-MAL.

Wir wünschen zu allen Beiträgen eine spannende Lektüre.  
Gerhard Endres  
DENK-doch-MAL – Redaktion

Anmerkungen:

[1] Daum, Timo, Das Kapital sind wir. Zur Kritik der digitalen Ökonomie, Hamburg 2017

[2] Bei der Titelsuche und auch bei der Konzeption haben wir uns von einem Antrag aus der Katholischen Arbeitnehmerbewegung leiten lassen: Arbeit.Macht.Sinn. Leitantrag des KAB Bundesverbandstags 2017

# Die Rückkehr des Marktfundamentalismus

Von: **Michael Wendl** (*Soziologe, Gewerkschaften ÖTV und ver.di*)

## Die Bedeutung von F.A. von Hayek für die Neue Rechte

Wenn wir nur das Wahlprogramm der AfD betrachten, so sehen wir eine in den wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen eindeutig wirtschaftsliberale Partei. Die Akzeptanz des gesetzlichen Mindestlohns ändert daran nichts. Einmal ist auch in neoliberalen Modellen ein Mindestlohn oder eine minimale Grundsicherung wie eine negative Einkommenssteuer, die auf einen Vorschlag von Milton Friedman zurückgeht, vorgesehen. Dieser Eindruck einer strikt wirtschaftsliberalen Sichtweise ändert sich, wenn wir das wirtschaftliche Denken der völkisch-nationalistischen Strömung am rechten Rande dieser rechten Partei betrachten. Hier wird eine Sicht propagiert, die auf soziale Sicherung setzt, diese aber auf Deutsche begrenzen will und damit offen nationalistisch und rassistisch argumentiert.

In einem der Traktate des rechtsradikalen Antaios-Verlags (Manfred Klein-Hartlage, *Neue Weltordnung. Zukunftsplan oder Verschwörungstheorie?* 2017), lesen wir zustimmende Verweise auf Texte, die auf den ersten Blick Kapitalismuskritik versprechen. Einmal „Das Kapitalismus Komplott“ des Compact-Autors Oliver Janich und zum zweiten die Studie des linken Soziologen Hans-Jürgen Krysmanski „Hirten & Wölfe“. Die Untertitel der Bücher umreißen die Perspektiven. „Die geheimen Zirkel der Macht und ihre Methoden“ (Janich 2009) und „Wie die Geld- und Machteliten sich die Welt aneignen“ (Krysmanski 2012). Gemeinsam ist beiden Büchern die kritische Sicht auf das aktuelle Geldsystem und die Finanzmärkte. Beide Texte unterscheiden sich in einem wichtigen Punkt. Krysmanskis Geld- und Elitenkritik kann einer traditionellen personalisierenden Kapitalismuskritik zugerechnet werden, die wir auch aus der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung kennen. Personalisierend meint hier, dass die Kritik nicht auf das kapitalistische System als solches, sondern auf das Handeln der Kapitalisten und Bankiers zielt. Hier ist es dann nicht weit zu einer Vorstellung, dass die Welt von diesen Personen im Hintergrund mit Hilfe willfähriger Politiker auch regiert wird.

Janich steht in einem markanten Gegensatz zu dem Marxisten Krysmanski, da er sich als begeisterter Anhänger des österreichischen Ökonomen und Sozialphilosophen Friedrich August von Hayek, zeigt. Hayek, dem 1974 zusammen mit dem schwedischen Ökonomen Gunnar Myrdal der sog. Wirtschaftsnobelpreis (der eigentlich ein Preis der schwedischen Reichsbank ist) verliehen wurde, war der bekannteste Philosoph der sog. Österreichischen Schule der Nationalökonomie. Hayek spielt in der AfD eine Rolle, weil Mitglieder der

deutschen Hayek-Gesellschaft in der AfD wichtige Rollen spielen, wie Alice Weidel, Beatrix von Storch, Peter Boehringer u.a. Das hat 2015 zum Rücktritt und Austritt der Vorsitzenden Karen Horn und anderer Mitglieder aus dieser Gesellschaft geführt. Hier zeigt sich eine Verbindung zwischen einem radikalen Wirtschaftsliberalismus einerseits und der Vereinnahmung dieses Denkens für eine nationalistische Wirtschaftspolitik.

## Die Ideologie der Österreichische Schule

Diese österreichische Schule geht zurück auf Debatten um den quasi naturgesetzlichen Charakter von Marktprozessen, in die deshalb nicht durch menschliche Handlungen eingegriffen werden kann. Diese Sicht wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts durch einige österreichische Ökonomen, insbesondere Carl Menger und Eugen von Böhm-Bawerk begründet. Eine wichtige Rolle in diesem Prozess spielte der Aufsatz „Macht oder ökonomisches Gesetz?“ von Böhm-Bawerk. Dieser Beitrag greift die Frage auf, ob die Entwicklung der Löhne durch ökonomische Gesetze oder durch die Macht der Gewerkschaften bestimmt wird. Böhm-Bawerk, betont den Vorrang der ökonomischen Gesetze und erläutert das an der Rolle der drei Produktionsfaktoren Boden, Kapital und Arbeit. Jeder dieser Faktoren werde nach seiner *Grenzproduktivität* entlohnt und erhalte daher den ihm zustehenden Ertrag als Rente, Profit oder Lohn. Mit Grenzproduktivität sind die Kosten der jeweils letzten Einheit dieser Produktionsfaktoren, die im kapitalistischen Prozess angewandt werden, gemeint. Die Vertreter dieser Produktionsfaktoren werden also entsprechend ihrem Beitrag zur gesamten Wertschöpfung angemessen bezahlt und eine zusätzliche Umverteilung dieses Markteinkommen ist nicht nötig, es sei denn für Arme und Alte. [1] Wenn sich der Lohn bei Arbeitslosigkeit nach unten flexibel erweist, wird auch wieder ein Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt erreicht. Die Wirkung dieser ökonomischen Gesetze führe daher aus sich heraus zu einer gerechten Einkommensverteilung. Wenn die Macht der Gewerkschaften diesen Kreislauf stört, führt das nur zur Arbeitslosigkeit. Der Böhm-Bawerk-Schüler Ludwig von Mises hat die Kritik an diesen, dem Gesetzescharakter der ökonomischen Zusammenhänge widersprechenden menschlichen Handlungen nicht wie Böhm-Bawerk auf die Bestimmung des Lohnniveaus, sondern auf die mit der Kreditschöpfung durch die Banken verbundene künstliche Ausweitung und aus seiner Sicht künstliche Manipulation der Geldmenge gerichtet.

Nach dem Mises-Schüler und zugleich Weggefährten Hayek ist die Voraussetzung für die Freiheit des Einzelnen, die Bereitschaft, sich den Kräften und den diesen Kräften innewohnenden Gesetzen des Marktes bedingungslos zu unterwerfen. Wenn das geschieht, winken nicht nur dem Einzelnen, sondern der Gesellschaft insgesamt Wohlstand und Glück. Hayeks zentrale These ist in sich widersprüchlich, weil die Voraussetzung der persönlichen Freiheit die Unterwerfung unter die Gesetze des Marktes ist.

Gegen diese Voraussetzung der unbedingten Anpassung an die Gesetze des Marktes wird verstoßen, wenn der Staat versucht, in diese Kräfte und Gesetze des Marktes steuernd und regulierend einzugreifen. Dabei setzt die Todsünde oder das größte Verbrechen mit der Etablierung eines staatlichen Geldsystems ein. Unter diesem staatlichen Geldsystem wird die Zentral- oder Notenbank des Staates verstanden. Durch diese kann vom Goldstandard als der quasi natürlichen Geldreserve abgewichen und Geld selbst hergestellt werden. Diese Geldschöpfung aus dem „Nichts“ durch das Zusammenwirken von Zentralbanken und Geschäftsbanken steht im Zentrum der Kritik von Mises und Hayek. Hayek hat anschließend an diese Kritik der Geldschöpfung durch das zweistufige Bankensystem (Geschäftsbanken und Zentralbank) seine monetäre Konjunkturtheorie entwickelt. Konjunkturkrisen entstehen nach dieser Sicht aus einem durch die Geldschöpfung entstandenen Übermaß an Krediten, die zu überflüssigen Investitionen anregen und damit den Zustand einer Überinvestition erzeugen, der dann zu einer Wirtschaftskrise führt.

Hinter dieser Kritik an den durch Kredite finanzierten überschüssigen Investitionen steht das Ideal eines Gleichgewichts auf dem Kapitalmarkt, das dadurch erreicht wird, dass die Höhe der Zinsen den Zusammenhang von Ersparnissen und dadurch finanzierten Investitionen herstellt und so den Wirtschaftskreislauf im Gleichgewicht hält. Die übermäßige Geldschöpfung durch die Banken zerstört diesen *natürlichen* Zusammenhang und erzwingt dadurch Wirtschaftskrisen, die dieses Gleichgewicht wiederherstellen müssen. Die umlaufende Geldmenge sollte in diesem Modell durch Gold gedeckt sein. Das knappe Angebot und nicht einfach vermehrbare Angebot an Gold führt dazu, dass die Geldmenge nicht darüber hinaus ausgedehnt werden kann.

Dass eine solche rückwärtsgewandte Sicht auf Geld und Gold heute wieder an Einfluss gewinnt, zeigt eine Art von romantischer Verklärung einer „unverfälschten Marktwirtschaft“ und einer entsprechend als harmonisch stilisierten Vergangenheit, die es nie gegeben hat. In den 1920er und 1930er Jahren, also zu der Zeit, als Hayek seine Konjunkturtheorie entwickelt hatte, findet eine kontroverse Debatte über den Einfluss von Geld und Kredit auf den gesamten Kreislauf von Investitionen und Beschäftigung statt. Für Deutschland spielt diese Kontroverse bei der Debatte über die Notverordnungen (die Austeritätspolitik) des Reichskanzlers Heinrich Brüning eine zentrale Rolle, weil die Gewerkschaftsökonomen um Wladimir Woytinski im sog. WTB-Plan (Woytinski-Tarnow-Baade) die Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen per Kreditschöpfung gefordert hatten. Das wurde von anderen nonkonformistischen Ökonomen wie Wilhelm Lautenbach u.a. (später als „deutsche Keynesianer“ bezeichnet) auch gefordert. Die Konservativen und die damals in Wirtschaftsfragen noch marxistische SPD hatten diese Kreditschöpfung aus dem Nichts wegen der Befürchtung einer dadurch drohenden Inflation abgelehnt. Bereits damals waren wir in einer Situation, in der wissenschaftliche Fortschritte in der Geldtheorie und Geldpolitik von Konservativen (wie auch Hayek) und Linken gemeinsam blockiert wurden, weil

diese an den tradierten Vorstellungen festhielten. Ein ähnliches Bild sehen wir heute, wenn die expansive Geldpolitik der großen Zentralbanken auf massives Misstrauen nicht nur bei rechten und wirtschaftsliberalen Ökonomen sondern auch bei der politischen Linken stößt. [2]

## Keynes schlägt Hayek

Die Gegenposition zu Hayeks monetärer Konjunkturtheorie wurde durch den englischen Ökonomen John M. Keynes entwickelt. Keynes hielt den Goldstandard für ein „barbarisches Relikt“ und machte das Festhalten am Gold und das dadurch angeregte Horten von Geld als Vorsichtsmaßnahme in unsicheren Zeiten für Krisen verantwortlich. Der Zins wird als Preis für die Ausleihe von Kapital und damit als Belohnung für den Verzicht auf *Liquiditätspräferenz* verstanden. Durch das Horten von Geld kommt es zu einer Nichtauslastung der vorhandenen Kapazitäten von Kapital und Arbeitskräften und damit zu Arbeitslosigkeit. Das Festhalten am Gold als Deckung der Geldmenge hatte in der Weltwirtschaftskrise 1929-32 staatliche Maßnahmen gegen die Massenarbeitslosigkeit blockiert und durch die damit verbundenen Lohnsenkungen und Kürzungen der Staatsausgaben („Austerität“) die Arbeitslosigkeit weiter erhöht. Aus der Sicht von Hayek war dieses ein natürlicher Prozess im Rahmen der Reinigungskrise, die überflüssiges Kapital entwertet und zu hohe Löhne so weit senkt, dass ein neuer Aufschwung beginnen kann. Keynes hat bekanntlich daraus den Schluss gezogen, dass der Staat mit der Finanzierung von öffentlichen Investitionen über Kredite diese Kapazitäten wieder auslastet und damit die Arbeitslosigkeit deutlich verringert. In den 1930er Jahren hat sich Keynes in dieser Kontroverse gegen Hayek eindeutig durchsetzen können.

Wissenschaftlich war Hayek erledigt. Er hat dann auch dieses Feld der monetären Konjunktur- und Krisentheorie verlassen und sich der sozialphilosophischen Begründung der notwendigen Grenzen des menschlichen Handelns zugewandt. Für Hayek waren staatliche Eingriffe in den Wirtschaftskreislauf Ausdruck einer „Anmaßung von Wissen“, eines Wissens, über das Menschen nicht verfügen können.

## Hayek kommt zurück

Solange sich die staatliche Wirtschaftspolitik und die Geldpolitik der Zentralbanken erfolgreich, wenn auch nur unvollständig und in einer gezähmten Fassung an die Vorschläge von Keynes und seiner Anhänger hielten und die Arbeitslosigkeit niedrig war, spielten Hayek und die österreichische Schule außerhalb ihrer Anhängerschaft keine Rolle mehr. Erst nach der schweren Wirtschaftskrise 1973-75 und der dadurch ausgelösten hohen Arbeitslosigkeit kam es zu dieser *Konterrevolution* in der ökonomischen Theorie, die neoliberales Denken wieder populär gemacht hat. Dieser Aufstieg verbindet sich mit den Namen von Milton Friedman und Hayek. Friedman erhielt 1973, also ein Jahr vor Hayek, diesen Wirtschaftsnobelpreis. Hayek schlug einen Wettbewerb zwischen

verschiedenen privaten Währungen, die von den Geschäftsbanken ausgegeben werden, vor, weil das seiner Vorstellung von Marktgesetzen entsprach. Faktisch hielt er am Gold als Gelddeckung fest, weil die verschiedenen Währungen einen stabilen und wertbeständigen *Anker* benötigen, damit es nicht zu einer Expansion der Kredite und damit der Geldmenge kommt. Dagegen akzeptierte Friedman die Loslösung von Gold und plädierte für eine an feste Regeln gebundene Geldmengensteuerung durch die Zentralbanken (das wird als Monetarismus bezeichnet). Dadurch sollte die Geldmenge knappgehalten und Inflation verhindert werden. Sowohl Friedman wie Hayek waren damals wegen ihrer Sympathie mit politischen Diktaturen (Pinochet in Chile, die Militärjunta in Argentinien) berüchtigt, ihrer Reputation als neoliberalen Ökonomen hat das aber nicht geschadet. Diese Vorliebe für Diktaturen und autokratische Herrschaft ist in diesen geldpolitischen Doktrinen angelegt, weil eine handlungsfähige Mehrheitsdemokratie der Arbeiterbewegung so viel Einfluss ermöglichen kann, dass diese, unterstützt durch progressive Ökonomen, [3] eine an dem Ziel der Vollbeschäftigung orientierte Geld- und Finanzpolitik durchsetzen kann. Nichts hasste Hayek mehr als eine politische Mehrheit, die sich erdreistete, in die Marktgesetze einzugreifen, um sich vor den zerstörerischen Kräften des Marktes [4] zu schützen.

Die Konterrevolution in der herrschenden ökonomischen Theorie machte es möglich, dass Margaret Thatcher und Ronald Reagan sich in ihrer praktischen Wirtschaftspolitik an Hayek und Friedman orientieren konnten. Deren Ideologien haben den großen Vorteil, dass die den Marktkräften den absoluten Vorrang einräumen und dadurch die Politik entlasten. Es müssen nur die Marktkräfte freigesetzt und die Kapital-, Güter- und Arbeitsmärkte dereguliert werden. In geldtheoretischen Fragen wurde die Österreichische Schule dann durch den Mainstream der monetaristischen und neoklassischen Lehren [5] an den Rand gedrängt. Hayek galt als Ultraliberaler unter den Neoliberalen, aber sein entschiedenes Eintreten für die Golddeckung der Geldmenge galt als überholt, weil eine Rückkehr zum Gold allgemein für nicht realisierbar gehalten wurde. Auch die monetaristische Regelbindung der Geldschöpfung der Zentralbanken, mit der die Geldmenge knappgehalten werden sollte, wurde bald aufgegeben. Nur in Deutschland konnte sie sich im Modell der Deutschen Bundesbank noch bis in die Zeit der EZB hinein halten, Die anderen großen Zentralbanken hatten sich vom Monetarismus als geldpolitischer Doktrin frei gemacht. Durch die hohe Ersparnisbildung und die starke Exportorientierung der deutschen Industrie war eine an eine an Geldwertstabilität orientierte Geldpolitik sehr populär – was bis heute noch gilt. Auch teilte die Mehrheit der neoliberalen Ökonomen Hayeks Plädoyer für einen auf innere wie äußere Sicherheit und Rechtsprechung beschränkten Minimalstaat in dieser primitiven Variante nicht. Trotzdem hat Hayek seine Fans unter Wirtschaftspublizisten und Ökonomen, die sich in der Hayek-Gesellschaft organisiert hatten. Die Beziehungen zwischen den Ordoliberalen der sog. Freiburger Schule – der deutschen Variante des internationalen Neoliberalismus – und den Hayekianern waren eng, wurden aber nicht offen

gezeigt. Dazu war der überzeugte Antidemokrat Hayek doch zu extrem. Nach der Finanzmarktkrise 2007/08 wurde die Österreichische Schule wieder populär. Dahinter steht der Glaube, dass eine Anbindung der Geld- und Kreditschöpfung an das Gold die exzessive Kreditvergabe und Geldschöpfung durch das Bankensystem und die diese Kreditschöpfung stützende expansive Geldpolitik der amerikanischen Notenbank verhindert hätte.

## Im Zentrum der Kritik: Geld und Kredit

Die dadurch ausgelösten geldpolitischen und geldtheoretischen Debatten zielten über die Kredit- und damit auch die Geldschöpfung der Geschäftsbanken. Die Kritik richtete sich aber auch auf die expansive Geldpolitik der Zentralbanken. Mit der Rückbesinnung auf Geldtheorie und Geldpolitik tauchte der Wunsch nach der auch physischen Wiederkehr des Goldes als Fundament einer Währung wieder auf. Wir haben es aktuell mit drei verschiedenen Geldtheorien und geldpolitischen Denkweisen zu tun. Einer neokeynesianischen Sicht, die von der EZB und den anderen großen Notenbanken der USA, Englands und Japans repräsentiert wird. Hier wird die Zentralbank als Kreditgeber der letzten Instanz (Lender of last Resort) verstanden, deren Geldschöpfung einen Zusammenbruch der Geschäftsbanken verhindern muss. Daneben hält sich hartnäckig der monetaristische Glaube an knappes Geld, dem die deutschen Ordoliberalen und die deutsche Bundesbank anhängen. Hier wird die expansive Geldpolitik der großen Zentralbanken scharf kritisiert und die Rückkehr zum überholten Modell der deutschen Bundesbank gefordert. Dieses deutsche Modell wird parteiübergreifend von nahezu allen Parteien, bis in die Teile der Linkspartei hinein gestützt. Drittens spielen die Hayekianer, die eine Rückkehr zum Goldstandard fordern, wieder eine Rolle.

Die Differenziertheit dieser geldpolitischen und geldtheoretischen Sichtweisen zeigt, dass der politische Kampfbegriff des Neoliberalismus eine angemessene Wahrnehmung des aktuellen ökonomischen Denkens nicht erhellt, sondern unmöglich macht. Die rechtsextremen Hayek-Fans verstehen ihre Heilslehre gerade nicht als eine radikale Variante des Neoliberalismus. Neoliberal oder keynesianisch finden sie die Geldschöpfung durch das Bankensystem und die expansive Geldpolitik der Zentralbanken. Dadurch werden die Gesetze des Kapitalmarkts außer Kraft gesetzt hat und das Zinsniveau verliert seine Steuerungsfunktion für Investitionen.

Der harte Kern dieser Banken- und Geldkritik besteht darin, dass sie sich Marktwirtschaft als eine realwirtschaftliche Idylle mit funktionierendem Wettbewerb vorstellen. Eine solche Marktwirtschaft ist nach ihrem Glauben aus sich selbst heraus sozial und benötigt deshalb keine Sozialpolitik. Deshalb auch Hayeks entschiedene Ablehnung des Sozialstaats und der Idee von sozialer Gerechtigkeit. In diesem Aspekt trifft er sich mit Walter Eucken, dem wichtigsten

Ideologen des Ordoliberalismus. Diese marktwirtschaftliche Idylle wird nicht als Kapitalismus verstanden. Kapitalismus entsteht aus dieser Sicht erst, wenn durch Monopole und Oligopole der Wettbewerb auf den Gütermärkten aufgehoben, durch die Geldschöpfung das Gleichgewicht auf dem Kapitalmarkt zerstört, und durch Gewerkschaften und staatliche Eingriffe die Gesetze des Arbeitsmarkts unterlaufen werden. Diese Sicht erklärt auch, warum im modernen Kapitalismus in Zeiten schwerer Krisen eine romantische Verklärung der Vergangenheit und eine Sehnsucht nach den vermeintlich einfachen und durchschaubaren Verhältnissen dieser Zeit populär wird. Diese Verhältnisse hat es in der historischen Wirklichkeit nie gegeben, es handelt sich dabei um eine Idealisierung von Glaubenssätzen, die zu einer positiven Utopie verdichtet werden. Wir verstehen diese Radikalität dieses ordnungspolitischen Denkens besser, wenn sie im historischen Kontext mit der sowjetischen Planwirtschaft und dem politisch gelenkten Kriegskapitalismus unter der NS-Herrschaft gesehen wird. Hayek und Mises dachten nicht im Gegensatz von Kapitalismus und Sozialismus, sondern im Gegensatz von sog. Verkehrswirtschaft (= Marktwirtschaft) und sog. Zentralverwaltungswirtschaft (= Planwirtschaft). Eine durch Wettbewerb gelenkte Verkehrswirtschaft war aus dieser Sicht kein Kapitalismus. [6] Keynesianische und sozialdemokratische Wirtschaftspolitik waren für Hayek nur die Vorformen von Plan- oder Zentralverwaltungswirtschaft. Hayek hat einen gleichsam religiösen Glauben an die segensreichen Wirkungen des Marktes gepredigt. Sich den Märkten bedingungslos zu unterwerfen, bedeutet in dieser Perspektive nicht Unsicherheit, sondern Sicherheit. Man ist nicht mehr in der Hand Gottes, sondern in der Hand des Markts, der von sich aus für Gleichgewicht sorgt. Es handelt sich um eine radikale Reduktion von gesellschaftlicher Komplexität, die das Leben erleichtern soll. Die Sehnsucht nach dieser Einfachheit, die es vermeintlich in der Vergangenheit gegeben haben soll, wird dadurch wieder reaktiviert.

Für die Anhänger von Hayek und Mises war die Durchsetzung eines neuen Systems der Geldschöpfung und einer darauf basierenden Kreditvergabe das Resultat einer Verschwörung der Wirtschaftseliten und ihnen nahestehender Politiker. Hinter dem Rücken der Gesellschaft hatten sich Politik und Großbanken mit ihren Konzepten einer politischen Steuerung der Geldproduktion und der Kreditvergabe durchgesetzt. Dadurch wurde der Marktprozess, mit der Höhe des Zinses einen direkten Zusammenhang von Ersparnissen und Investitionen herzustellen, aufgehoben. Investitionen konnten durch eine Kreditschöpfung aus dem Nichts finanziert werden, der vorhergehende Rückgriff auf die Ersparnisse war nicht mehr nötig. Im Zentrum dieser Dämonisierung steht die Gründung der US-Federal Reserve, also der amerikanischen Zentralbank. Dadurch wurde die Geldschöpfung zum Monopol der Notenbank. Vorher hatten die Geschäftsbanken ihre Dollars ausgegeben und es bestand Wettbewerb zwischen den Banken um das stabilste Geld.

# Die Wirtschaft verstehen – ein evolutionärer und umkämpfter Prozess

Dieser Paradigmenwechsel war das Resultat der aus praktischer Erfahrung der Wirtschaftsakteure stammenden neuen Erkenntnisse über die Rolle von Geld und Kredit in einer kapitalistischen Wirtschaft. Schon 1905 erschien in Deutschland Georg Friedrich Knapps „Staatliche Theorie des Geldes“, mit der die Notwendigkeit des Geldes nicht aus Marktprozessen, sondern aus dem Schuldverhältnis von Staat und Bürgern erklärt wurde. Die Bürger müssen für die staatlichen Leistungen Steuern zahlen und der Staat produziert über seine Zentralbank das Geld, mit dem diese Steuern bezahlt werden. Damit wurde dem Staat die Zuständigkeit für die Geldschöpfung zugewiesen. Später wurden diese Erkenntnisse durch große Ökonomen wie Joseph Schumpeter und John M. Keynes theoretisch zu erklären versucht. Für die Österreichische Schule markierte das das „größte Verbrechen der Menschheitsgeschichte“ (Janich), weil die staatliche Schöpfung von neuem Geld durch die Zentralbanken die Gesetze auf den Finanzmärkten aushebelt. Aus der Sicht von Hayek und Mises handelte es sich nicht um neues Wissen über die Funktionen von Geld und Kredit, sondern um eine verhängnisvolle Anmaßung und Vortäuschung von Wissen, das es nicht geben darf und kann. Damit begann der „Weg in die Knechtschaft“ (Hayek) einer durch Staat und Finanzkapital gelenkten Zentralverwaltungswirtschaft. Hier sehen wir eine oberflächliche Nähe zum damaligen Stand des Marxismus, der unter dem Eindruck des Buches „Das Finanzkapital“ des Austromarxisten Rudolf Hilferding ebenfalls von einer Herrschaft des Bankkapitals über das Industriekapital und damit über die industrielle Produktion ausgegangen war. Auch die Marxisten dieser Zeit gingen mindestens bis 1932 noch von der Notwendigkeit der Golddeckung des Geldes aus. Teilweise hat diese Ignoranz der Geldschöpfung durch das zweistufige Bankensystem bis heute unter bestimmten Marxisten noch Bestand. Nach der Finanzmarktkrise 2007/08 und an der an sie anschließenden schweren Wirtschaftskrise bis 2009, die sich danach als sog. Eurokrise fortgesetzt hat, sind solche, kritisch gegen Geld- und Kreditschöpfung gerichtete Anschauungen wieder populär geworden. Hayek hat dabei besondere Bedeutung bekommen, weil er von den Kritikern des modernen Geld- und Kreditsystems der radikalste gewesen ist und seine Sozialphilosophie der Unterwerfung der Menschen und damit auch des Staates und des staatlichen Geldsystems unter die Gesetze des Marktes von einer bestechenden Einfachheit ist und damit auf den ersten Blick hilft, komplexe und nicht verstandene Zusammenhänge und Prozesse scheinbar zu durchschauen.

Es ist eine Art von Maschinenstürmerei, die nicht auf Maschinen, sondern auf Geldschöpfung aus dem Nichts, auf eine Geldschöpfung ohne direkte, im Geldsystem selbst liegende Grenzen zielt. Das Knapphalten des Geldes wird dann einmal zu einer geldpolitischen Aufgabe der Zentralbank und zur Aufgabe der staatlichen Wirtschaftspolitik. In der Konsequenz wird das auf eine Finanzierung

der Staaten durch ihre Zentralbanken hinauslaufen, was in den USA und Japan bereits der Fall ist, weil hier die beiden Zentralbanken bereits Anleihen ihrer Staaten direkt und nicht mehr auf den Sekundärmärkten kaufen. Gegen diesen Übergang auf eine direkte Staatsfinanzierung wird es in Deutschland enormen Widerstand geben. Geld können sich viele Menschen nur als etwas Dingliches, als Warensuppe oder als Gold vorstellen. Das führt dann zu dieser romantischen Verklärung einer Vergangenheit, die es nie gegeben hat.

## Anmerkungen:

[1] Die Grenzproduktivitätstheorie ist eine ideologische Konstruktion, weil die Größen von Lohn und Profit durch Verteilungs- und damit Machtkämpfe bestimmt werden. Auch ist die Grenzproduktivität eine nicht messbare Größe, weil in einer arbeitsteiligen Wirtschaft die Produktivität einzelner Arbeitskräfte nicht festgestellt werden kann. So ist die in der Debatte um den Mindestlohn vertretene These, dieser übersteige die Grenzproduktivität niedrig qualifizierter Arbeitskräfte, ökonomischer Unsinn. Arbeitskräfte leisten in der Regel mehr als sie an Lohn erhalten.

[2] Wir sehen das an der aktuellen Diskussion, in der wirtschaftsliberale Ökonomen, wie H.W. Sinn eine Inflation als Folge der expansiven Geldpolitik der EZB prognostiziert und dabei große Unterstützung erhalten hatten. Auch innerhalb der politischen Linken wurde diese Geldpolitik kritisiert, z.B. durch Sahra Wagenknecht. Heute wird allgemein anerkannt, dass die EZB damit 2012 den Zusammenhalt der Europäischen Währungsunion gesichert hat.

[3] Das waren damals Ökonomen wie Keynes, die deutschen „Keynesianer vor Keynes“, wie Wilhelm Lautenbach, Gerhard Kolm u.a., die auch die amerikanische Diskussion beeinflusst haben und damit zu den Vorbereitern des New Deal durch Roosevelt wurden. Deutsche Ökonomen emigrierten bei der Flucht vor den Nazis in die USA und spielten dort einflussreiche Rollen.

[4] Karl Polanyi, ein in die USA emigrierter österreichischer Wirtschaftshistoriker hat diese politische Begrenzung der „Satansmühle“ der Märkte in seinem Buch „The Great Transformation“ nachgezeichnet und theoretisch begründet.

[5] Unter neoklassisch wird eine der Denkschule innerhalb des neoliberalen Dogmengebäudes verstanden, die ein rationales Verhalten der Wirtschaftsakteure als nutzenkalkulierende und -maximierende Individuen (homo oeconomicus) unterstellen. Der Monetarismus, die österreichische Schule und der deutsche Ordoliberalismus sind eigenständige Varianten in diesem Dogmengebäude

[6] Sahra Wagenknechts Plädoyer für „Reichtum ohne Gier“ basiert auf dieser Unterscheidung zwischen einer „guten Marktwirtschaft“, die reaktiviert werden soll und einem „schlechten Kapitalismus“, der überwunden werden muss. Siehe Sahra Wagenknecht, Reichtum ohne Gier, 2017.

# Wozu eine wirtschaftliche Dynamik, die Ressourcen verschleißt und gesellschaftliche Risse erzeugt?

---

Von: **Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach** (*Sozialethiker*)

## Wirtschaftliche Dynamik

- Sie wird gemessen an der Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP), der wirtschaftlichen Leistung einer Volkswirtschaft innerhalb eines Zeitraums. „Bruttowertschöpfung“ ist der Wert der im Inland hergestellten Güter (monetär, real) abzüglich der Vorleistungen.
- Prozessverlauf in der Konzeption der Schulökonomie: Der Mensch ist von Natur aus ein Mängelwesen, das eine unbegrenzte Menge materieller, vitaler, mentaler und kultureller Bedürfnisse zu befriedigen sucht. Das Mittel dazu ist in einer funktionsfähigen Geldwirtschaft die erworbene Kaufkraft. Öffentliche und private Unternehmen reagieren auf die kaufkräftige Nachfrage mit einem marktförmigen Güterangebot.
- Prozessverlauf in einer kapitalistischen Marktwirtschaft, die als Funktionssystem gesellschaftlicher Machtverhältnisse real existiert: Eine Minderheit verfügt über die Produktionsmittel, während eine Mehrheit der Bevölkerung ihren Lebensunterhalt bestreitet, indem sie ihr Arbeitsvermögen an die Eigentümer der Produktionsmittel verkauft und sich deren Willen unterwirft. Das Bankensystem hat die Macht der Geldschöpfung, vergibt Kredite an Unternehmen, die damit Arbeiter entlohnen, Zulieferer auszahlen und Produktionsprozesse organisieren, deren Ergebnisse sie mit Hilfe offensiver Werbung vermarkten.
- Das ausschließliche Interesse des kapitalistischen Unternehmens: die Vermehrung des Geldvermögens. Nachdem Arbeiter entlohnt, Zulieferer bezahlt, Forderungen der Banken bedient und Re-Investitionen gesichert sind, kann ein Restgewinn für Nettoinvestitionen verwendet und ein Vermögenszuwachs in der folgenden Periode erwartet werden. Die wirtschaftliche Dynamik resultiert aus dem Zusammenspiel von Geldschöpfungsmacht des Bankensystems und der Vermehrung des Geld- und Realvermögens der Kapitaleigner. Während die Realwirtschaft weiterhin an physischen Faktoren verankert ist, hat sich die Finanzsphäre weithin davon gelöst und basiert auf subjektiv geteilten Erwartungen einer entfernten Zukunft.

- Der Staat beteiligt sich an dieser Dynamik als „Komplize“ durch Subventionen, Wettbewerbsvorteile der Industrie gegenüber dem Ausland sowie das Einhegen von Gewerkschaften und zivilen Bewegungen.

## Ressourcenverschleiß

- Das Arbeitsvermögen wird nicht angemessen an dem Produktivitätsfortschritt beteiligt, an Stelle einer kollektiven Verkürzung der Arbeitszeit (Einstieg in die 35-Stundenwoche) ist diese individuell im Interesse der Betriebe flexibilisiert. Technikbedingte Arbeitslosigkeit wird hingenommen, auch als Druckmittel angedroht. Unsichere Arbeit sei besser als sichere Arbeitslosigkeit. Was Arbeit schafft, wird als sozial propagiert, ohne Rücksicht auf deren Qualität. Seit Mitte der 1990er Jahre wurde die wöchentliche Arbeitszeit verlängert. Das Zeitregime (Nacht-, Schicht-, Sonntagsarbeit) ist rigider geworden. Neben das Normalarbeitsverhältnis ist atypische Beschäftigung getreten. Pendlermobilität ist mit verlängerten Fahrtzeiten und nervlicher Belastung verbunden. Personalabbau und Arbeitsverdichtung vermehren die Fälle psychosomatischer Krankheiten. Erwerbsarbeit wird entgrenzt, die Privatsphäre durchlöchert. Angeblicher Facharbeitermangel und betriebliches Werben um Auszubildende existiert gleichzeitig mit der Perspektivlosigkeit einer nachwachsenden Generation. Ihr droht weiterhin ein Paralleluniversum von Warteschleifen, Praktika, Probearbeit, befristeter und prekärer Arbeit, niedrigem Lohn, der aufgestockt werden muss.
- Das Naturvermögen wird durch rücksichtslose Eingriffe in die „Sparbüchse der Erde“ (W. Sombart) quasi zum Nulltarif ausgebeutet. Der „homo faber“ beansprucht das Herr-Sein über den blauen Planeten, über alle nichtmenschliche Lebewesen und die unbelebte Natur, anstatt sich als Hüter des gemeinsamen Hauses zu begreifen. Inzwischen wird das Ausmaß der durch Menschen verursachten Umweltzerstörung, lokaler und globaler Veränderungen national und international erkannt – vom Smog in den Städten, der Verschmutzung von Luft, Flüssen, Binnenseen, Meeresstränden, der Bodenerosion, Trinkwasserknappheit, der verlorenen Artenvielfalt, dem Eindringen von Monokulturen in den tropischen Regenwald und das Amazonasbecken, den extremen Wetterverhältnissen bis zum Klimawandel und der Erderwärmung durch den weiterhin übermäßigen CO<sub>2</sub>-Ausstoß.

# Gesellschaftliche Risse

- Der Armutsbericht 2018 des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes stellt eine aktuelle Rekordarmutsquote von 16,8 Prozent der Bevölkerung fest, das sind 13,7 Millionen Menschen. Die Armutsberichte der Bundesregierung zeigten, dass nach 2005 die Armutsrisikoquote nur moderat anstieg, aber trotz Rekordbeschäftigung nicht sank. Aktuell auffällig ist, dass neben den Menschen am Rand der Gesellschaft, den Arbeitslosen, Alleinerziehenden, Familien mit mehreren Kindern und Migranten auch Erwerbstätige und Rentner zu den Armen zählen. Armut macht krank, mindert Bildungschancen und gesellschaftlichen Aufstieg. Die Demontage solidarischer Sicherung ließ sich durch politische Appelle, privat vorzusorgen, nicht ersetzen.
- „Deutschland geht es gut“. Diese Aussage bezieht sich auf die gesellschaftliche Mitte sowie auf die höher- verdienende Bevölkerung, die der Staat steuerlich begünstigt, aber untätig bleibt, um Erben, Vermögende und Spitzenverdiener an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben zu beteiligen. Nur wenigen mächtigen Gewerkschaften gelang eine faire Verteilung der kollektiv erwirtschafteten Wertschöpfung.
- Angebote der Produzenten zielen wegen der offenen Schere der Einkommens- und Vermögensverteilung auf wohlhabende Haushalte und deren Neigung zum Statuskonsum und zur Distinktion: Sie füllen die Märkte mit PS-starken Autos, Erlebnisgütern, Anschlussgütern, verkürzten Modezyklen und Gütern mit eingebautem Verschleiß. So inszenieren sie eine Spirale konsumtiven Vorlaufens und Nachrennens.
- Dem privaten Vermögensreichtum steht ein maroder Zustand der öffentlichen Infrastruktur gegenüber. Zügige Mobilität auf den Straßen und auf der Schiene ist derzeit eine Wunschvorstellung. Städtischer Wohnraum für arme Haushalte oder Familien mit Kindern ist unbezahlbar. Arme Erwachsene und Kinder bleiben von den kulturellen Angeboten in öffentlichen Räumen nahezu ausgeschlossen.
- Regionale Ungleichgewichte zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen weiterhin, das Gefälle zwischen den städtischen Ballungszentren im Westen und den entleerten Räumen im Osten verfestigt sich.
- Für gleiche Arbeit am gleichen Ort gilt gleicher Lohn, aber wohl nicht für Männer und Frauen. Bezahlte Erwerbsarbeit und unbezahlte Arbeit in der Privatsphäre sind unter ihnen extrem ungleich verteilt.
- Mit permanenten Exportüberschüssen der deutschen Industriewirtschaft entstehen in den übrigen Ländern Außenhandelsdefizite, Deutschland bildet Vermögen, monetäre Forderungen gegenüber dem Ausland, die kaum in voller Höhe eingelöst werden. Arbeiter in Deutschland schufteten zum Teil umsonst.

- Die politische Industriepräferenz verhindert einen gleichwertigen Respekt vor dem Sektor personennaher Dienste, der Care-Arbeit. Die Ausbildung für die Berufe der medizinischen und geriatrischen Pflege sowie der sozialen Begleitung ist nicht gleichwertig. Das Entgelt, das für die Arbeit des Heilens, Helfens, Begleitens, Ermutigens und Aufrichtens bereitgestellt wird, erreicht nicht den Grad der Entlohnung im industriellen Sektor. Dabei wächst die Nachfrage nach der Arbeit an und mit den Menschen überdurchschnittlich, um Krankheiten zu heilen, Jugendliche zu ermutigen, Pflegebedürftige zu begleiten, kulturelle Talente zu fördern. Diese Dienste zeichnen sich durch charakteristische Merkmale aus, die sich von denen der Industrie unterscheiden. Sie sind nicht speicherfähig, setzen voraus, dass diejenigen, die sie nachfragen, mit denen, die sie anbieten, kooperieren, sind langfristig angelegt und häufig auf Dauer gestellt. Deshalb scheitern die Versuche, jene in der Industrie bewährten Kennziffern steigender Produktivität, erhöhter Effizienz oder sinkender Kosten auf die personennahen Dienste zu übertragen. Die Wertsteigerung personennaher Dienste wird überwiegend durch die Kompetenz der Anbietenden und die Resonanz der Nachfragenden erzielt. Die Meinung, nur der Industriesektor sei produktiv, ist widersinnig.

## Gelingendes Leben

- Das BIP ist ein untaugliches Maß, menschlich und gesellschaftlich gelingendes Leben zu ermitteln. Was keinen Preis hat, oder wie sich die Verteilung oder die Güterqualität verändert, kommt darin nicht vor. Gesundheits- und Umweltschäden werden nicht herausgerechnet. Aber es gibt bereits alternative Konzepte.
- Die Beteiligung an der Erwerbsarbeit ist wohl ein herausragender, aber nicht der einzige Weg sozioökonomischer Integration. Arbeit in der Privatsphäre und ziviles Engagement behalten ihren Eigenwert.
- Gelingendes Leben setzt voraus, persönliche und gemeinsame Zeitsouveränität zurück zu gewinnen.
- Um die gesellschaftliche Rolle des Sektors personennaher Dienste angemessen zu respektieren, sollten kommerzielle Geschäftsmodelle zugunsten des öffentlichen Mandats zurückgedrängt und allgemeinverbindliche Tarifverträge mit Gewerkschaften vereinbart werden unter Einschluss von Diakonie und Caritas.

Macht und Arbeit:

## Prekäre Arbeit – mit Macht überwinden

---

Von: **Erwin Helmer** (*Betriebsseelsorger in Bayern*)

Für viele Menschen ist sie bereits knallharte Realität, die Arbeit, die sozial denkende Menschen heute bewusst „prekäre Arbeit“ nennen. Denn wir wollen diese Art von Arbeit auf den Prüfstand stellen und nicht nur das. Wir wollen sie an den Pranger stellen, wir wollen sie regulieren und am besten wäre es, einige Formen prekärer Arbeit abzuschaffen. Denn hier geht es um mehr als um ein paar Euro hin oder her. Hier geht es um Existenzen, um ungerechte Benachteiligungen und letztlich um Würde wie in Artikel 1 des Grundgesetzes beschrieben: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Mit prekärer Arbeit meine ich zunächst einmal die Leiharbeit, Werkverträge, Befristungen und vor allem andauernde Befristungen, Niedriglöhne, Arbeit ohne den Schutz von Tarifverträgen, Arbeit ohne Mitbestimmung und ohne Betriebsrat, Scheinselbstständigkeit aber auch viele Solo-Selbstständige. Und – ganz modern – Click-Working, Cloud-Working und so einiges mehr, das gerade auf uns zukommt.

### Prekäre Arbeit – Arbeit zweiter Klasse?

Das lateinische Wort für prekär, *precari*, bedeutet: misslich, peinlich, durch Bitten erlangt, bittstellerisch, unsicher, ungesichert. Der Begriff „prekäre Arbeit“ beinhaltet also bereits eine Wertung, und das ist gut so. Denn wir haben seit Jahren einen Missstand, der benannt und skandalisiert werden muss.

#### **Zwei Beispiele dazu**

Vor kurzem haben wir eine kleine Interviewaktion im Umfeld der Leiharbeit durchgeführt. Ergebnis: 60 Prozent der Befragten waren für die Abschaffung der Leiharbeit, 40 Prozent forderten starke Verbesserungen. Das gibt doch ziemlich gut die allgemeine Stimmung in Richtung Leiharbeit und prekäre Arbeit wieder. Leiharbeit ist zu einem sehr ungerechten Geschäftsmodell geworden, das auf Kosten der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter geht. Ein zweites Beispiel: Bei einem Seminar, das ich mit Leiharbeitern machte, geht es um prekäre Arbeit und wie wir uns alle das Gegenteil vorstellen könnten, nämlich die „Gute Arbeit“. Am Ende des Tages sagt uns Michael, ein 25-jähriger Leiharbeiter mit Rasta-Locken und mit abgeschlossener Ausbildung: „Hier bei euch habe ich zum ersten Mal gehört, dass ich als Leiharbeiter etwas wert bin.“ Das trifft so ziemlich genau meine Erfahrung, die ich in der Begegnung mit prekär Beschäftigten und vor allem mit Leiharbeitern mache. Sie fühlen sich ausgegrenzt, schlecht behandelt, in die Ecke

gestellt, benachteiligt. Oft höre ich den Satz: „Wir fühlen uns wie Menschen zweiter Klasse!“

## Zunahme der prekären Arbeit

Prekäre Arbeit nimmt zu, und damit auch die prekäre Lebenssituation vieler Beschäftigter. Allein zwischen dem Jahr 2010 bis heute hat die Leiharbeit von 800 000 Menschen auf 1,03 Millionen Menschen kontinuierlich zugenommen. Die Zahl der befristeten Arbeitsverträge stieg in der selben Zeit von 2,7 Millionen auf 3,4 Millionen. Die Zahl der Werkverträge nimmt tendenziell ebenfalls zu und dürfte weit über 1 Million Beschäftigte liegen. Beschäftigte mit einem Nebenjob als 450-Euro-Job hatten wir im Jahr 2010 2 Millionen, im Jahr 2018 bereits 3 Millionen. Armutsgefährdet waren 14,5 Prozent und sind heute 15,7 Prozent. Im Niedriglohn-Bereich arbeiteten in 2010 20,6 Prozent der Beschäftigten, heute sind es 19,8 Prozent – das entspricht 6,5 Millionen Menschen. In Zeiten der – teilweise extrem – steigenden Mieten und Lebenshaltungskosten verschärfen sich prekäre Lebenslagen. Damit wird klar: die Armut in Deutschland steigt.

## Durch Ausgliederung wird prekäre Arbeit produziert

Wenn Firmen heute ausgliedern und Aufträge fremd vergeben, so bedeutet das in der Regel eine Abwertung der Arbeit, also prekäre Arbeit statt guter Arbeit! ‚Man muss ja Kosten sparen‘, aber leider findet das Kostensparen auf Kosten der Beschäftigten statt. Wie etwa im Sommer 2015, als bei der POST AG der Tarifkampf gegen Ausgliederungen und Niedriglöhne geführt wurde: 49 Paketzentren wurden ausgegliedert in sogenannte Delivery GmbHs. Bereits 6 000 Paketbeschäftigte waren betroffen und weitere Tausende sollten dazu kommen. Der mehrwöchige Streik der Beschäftigten mit ihrer Gewerkschaft Verdi erreichte, dass vorläufig keine weiteren Ausgliederungen stattfinden können! Ein großer Erfolg!

Viele große Konzerne gliedern die Logistik aus oder bedienen sich gleich eines Subunternehmens, manchmal auch von Subsubunternehmen. ‚Kontraktlogistik‘ heißt das Zauberwort, mit dem Versprechen, alles billiger, am Ende ‚saubillig‘ zu machen. Leider gelingt es oft nicht sofort, einen Betriebsrat zu wählen und den Arbeitgeber in die Tarifbindung zu bewegen. Gerade erzählte mir ein Betriebsrat aus der Branche, dass die Produktionsfirma nach 5 Jahren Ausgliederung nun eine neue Ausschreibung der Kontraktlogistik macht. Das bedeutet unter Umständen, dass das Stammwerk nun einen anderen Dienstleister beauftragt. Nun aber haben die Beschäftigten gerade erst einen akzeptablen Tarifvertrag durchgesetzt. Geht das böse Spiel wieder von vorne los? Welch prekäre Situation für die Arbeitnehmer mit ihren Familien. Ein gutes Beispiel, was passieren kann, wenn die

Arbeitnehmerseite stark ist, ist die Übernahme von Tengelmann durch EDEKA. Hier konnte der Betriebsrat mit Ver.di gemeinsam das Schlimmste für die ersten 7 Jahre verhindern. Bis zum Jahr 2023 haben die ehemaligen Tengelmann-Beschäftigten Rechtssicherheit erkämpft.

## Modell „Verantwortung“ statt Modell „Amazon“

Der Versandhändler Amazon macht immer wieder von sich reden, durch innovative Ideen und Zukauf von Firmen und Ideen, aber auch durch Ausbeutung und Missbrauch von Marktmacht. Ich frage aber: muss sich unsere staatliche Gemeinschaft denn alles gefallen lassen? Amazon darf Geschäfte und Gewinne bei uns machen, aber wir stellen die Bedingungen! Das muss die deutsche Politik endlich verstehen. Nur wenn der Konzern Amazon (und andere) Respekt zeigt und praktiziert, wenn er unsere gewachsene deutsche soziale Marktwirtschaft anerkennt, darf er hier Geschäfte machen. Insbesondere heißt das, dass Amazon das deutsche Betriebsverfassungsgesetz und die deutschen Betriebsräte beachten, respektieren und Mitbestimmung zulassen muss. „Hire and fire“ passt nicht zu uns, wir lieben Sicherheit und Ordnung für unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Amazon aber steckt viel Geld und Energie in die Behinderung einer echten Betriebsratsarbeit und in die Verhinderung von Tarifverträgen. Hinzu kommt, dass Amazon kein Verhältnis zu sozialer Verantwortung, Fürsorgepflicht des Arbeitgebers und Gemeinwohl hat. Immer noch zahlt der Konzern minimale Unternehmenssteuern. Immer noch hat Amazon einen exorbitant hohen Krankenstand. Immer noch wirkt Amazon wie ein Fremdkörper in unserer Betriebskultur und teilt nicht unsere Vision vom sozialen und nachhaltigen Wirtschaften, wie im Grundgesetz festgelegt.

## Gute Arbeit – was ist das eigentlich?

Gute Arbeit in Deutschland bedeutet zunächst einmal, dass circa 75 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in relativ gesicherter Arbeit tätig sind, während etwa 25 Prozent prekär beschäftigt sind.

Der DGB-Index „Gute Arbeit“ 2018 nennt 11 Themen, die den Beschäftigten in dieser Reihenfolge am wichtigsten sind:

1. Sinn der Arbeit
2. Die Lage der Arbeitszeit
3. Beschäftigungssicherheit
4. Betriebskultur
5. Entwicklungsmöglichkeiten

6. Emotionale Anforderungen
7. Gestaltungsmöglichkeiten
8. Körperliche Anforderungen
9. Betriebliche Sozialleistungen
10. Arbeitsintensität
11. Einkommen

Erstaunlich, dass die Frage des Einkommens bei der Gesamtheit der Befragten nicht weit oben steht. Allerdings steht diese Frage bei den prekär Beschäftigten ganz weit oben auf der Prioritätenliste. Gute Arbeit erfordert zum einen das Vorhandensein eines aktiven Betriebsrats und die Geltung und Beachtung von Tarifverträgen. Beides ist allerdings in den vergangenen Jahren stark rückläufig. Im Jahr 2018 waren nur mehr 40 Prozent der Beschäftigten durch einen Betriebsrat geschützt. Durch einen Tarifvertrag abgesichert konnten sich nur mehr 53 Prozent der Beschäftigten fühlen. Hier geht eine Kultur verloren, die die Arbeitnehmer ernst genommen und als Verhandlungspartner mit einbezogen und in eine gemeinsame aktiv gestaltete Unternehmenspolitik mitgenommen hat.

## „Diese Wirtschaft tötet“

Wer hätte gedacht, dass dieser Satz einmal die Schlagzeilen der Weltpresse füllt? Was Papst Franziskus da am 24. November 2013 der Weltöffentlichkeit mit seinem Rundschreiben „*Evangelii gaudium*“ (Nummer 56) präsentierte, war unglaublich und verfehlte seine Wirkung nicht.

Er überraschte mit einem deutlichen, vierfachen NEIN – NEIN zu einer Wirtschaft der Ausschließung, NEIN zur neuen Vergötterung des Geldes. NEIN zu einem Geld, das regiert statt zu dienen. NEIN zu einer Wirtschaft der Ungleichheit, die Gewalt hervorbringt: *„Um den Wert des menschlichen Lebens zu sichern, müssen wir heute ein Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung und der Disparität der Einkommen sagen. Diese Wirtschaft tötet. Es ist unglaublich, dass es kein Aufsehen erregt, wenn ein alter Mann, der gezwungen ist, auf der Straße zu leben, erfriert, während eine Baisse um zwei Punkte in der Börse Schlagzeilen macht.“*

Weiter sagt Franziskus: *„Einige ... verteidigen noch die „Überlauf“-Theorien (trickle-down Theorie), die davon ausgehen, dass jedes vom freien Markt begünstigte Wirtschaftswachstum von sich aus eine größere Gleichheit und soziale Einbindung in der Welt hervorzurufen vermag. Inzwischen warten die Ausgeschlossenen weiter. Während die Einkommen einiger weniger exponentiell steigen, sind die der Mehrheit immer weiter entfernt vom Wohlstand dieser glücklichen Minderheit. Dieses Ungleichgewicht geht auf Ideologien zurück, die die absolute Autonomie der Märkte und die Finanzspekulation verteidigen. Darum*

*bestreiten sie das Kontrollrecht der Staaten, die beauftragt sind, über den Schutz des Gemeinwohls zu wachen. Es entsteht eine neue, unsichtbare, manchmal virtuelle Tyrannei, die einseitig und unerbittlich ihre Gesetze und ihre Regeln aufzwingt.“ (ebd.).*

## Prekäre Arbeit überwinden: vier Überwindungen

### **Überwindung 1: Mensch statt Kostenfaktor**

Der Mensch ist kein Kostenfaktor oder beliebig austauschbares Rädchen, keine „Funktion“ und keine Kenn-Nummer. Nur er hat Würde! In der Frage der prekären Arbeit geht es um diese vom Grundgesetz her geforderte Würde und um würdevolle Arbeit, die dem Menschen gemäß und angepasst ist. Es gilt der Grundsatz – und das ist alte christliche Soziallehre — die Arbeit steht vor dem Kapital! Der Mensch steht über den Dingen und über allen Sachwerten. Mit den Worten des Arbeiter-Kardinals Josef Cardijn: „Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin ist mehr wert als alles Gold, (alles Kapital) dieser Erde.“ Eine wunderbare Vision, die umgesetzt werden will. Dieses Menschenbild ist die Grundlage zur Lösung der Frage der prekären Arbeit.

### **Überwindung 2: Tarifverträge sind Friedensverträge**

In Deutschland gehen wir gerade auf eine gefährliche Grenze zu. Die Zahl der Beschäftigten, die den Schutz von Tarifverträgen genießen, sinkt stetig. Jetzt auf 53 Prozent! Bald werden wir weniger als 50 Prozent der Beschäftigten mit Tarifschutz haben. Das ist so etwas wie eine soziale Schallgrenze! Wo Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer immer weniger Schutz und Sicherheit haben, werden sich Verunsicherung und soziale Unruhen breitmachen. Deshalb braucht es dringend mehr Tarifbindung.

Ein weiteres Problem ist die freie Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft. Sie muss viel stärker geschützt werden, denn „Union Bashing“ ist leider kein rein amerikanisches Phänomen mehr. Naujoks und Co gehen massiv gegen Betriebsräte vor. Hier braucht es deutliche Positionierungen, wirksame Strafen und gesellschaftlichen Schutz.

### **Überwindung 3: Betriebsräte schaffen Solidarität**

Wir Deutschen können stolz sein auf die Betriebskulturen, die wir haben. Die Beschäftigten mit Betriebsrat identifizieren sich stärker mit ihrem Betrieb, sind motivierter, gesünder, zufriedener und kreativer. Ich erlebe als Betriebsseelsorger fast täglich wunderbar engagierte Betriebsräte – auch Personalräte und Mitarbeitervertretungen – die sich um jeden Einzelnen kümmern. Sie haben ein offenes Ohr für ihre Leute, ein Gespür für ihre Sorgen und ringen um Lösungen. Viele von ihnen setzen sich intensiv für prekär Beschäftigte ein. Sie kämpfen für die Übernahme von Leihkräften in die Stammebelegschaft, sie vertreten die Interessen von Befristeten, Werkverträgler, Teilzeitbeschäftigten gegenüber dem Arbeitgeber. So sind sie ein wichtiger Garant für menschenwürdige und würdevolle

Arbeit. Ein wahrer Schatz! In den letzten Jahren hatten wir in Augsburg und Schwaben viele Anläufe von Betriebsratsgründungen, die von Arbeitgebern gezielt verhindert wurden. In diesen Fällen sind dringend wirksame Schutzmaßnahmen erforderlich!

#### **Überwindung 4: Gesetzliche und staatliche Maßnahmen**

Der „Markt“ ist ein gutes Steuerungsinstrument, vorausgesetzt der Mensch, das Soziale, die Nachhaltigkeit wird in alle Phasen und Bereiche der Wirtschaft integriert. Es gilt, die ungerechte Verteilung von Vermögen und Einkommen, von Grundbesitz und Wohnungen, von Sicherheit und Ordnung besser zu ordnen. Kein anderer als Papst Franziskus steht für den Satz: „*Die Ungleichverteilung der Einkünfte ist die Wurzel der sozialen Übel.*“ Markt braucht einen klugen Rahmen, Marktwirtschaft braucht Grenzen. Die reine Kapitalorientierung der Unternehmen braucht einen starken Gegenpol. Das Modell der Zukunft kann eine soziale, nachhaltige und menschliche Marktwirtschaft sein. Die Politik der Zukunft kann so ausschauen.

Mit einigen wenigen politischen Entscheidungen wird prekäre Arbeit zeitnah in eine positive Richtung gewendet:

1. Wir begrenzen die Zeit, in der jemand in Leiharbeit beschäftigt werden kann, grundsätzlich auf 6 Monate!
2. Wir lassen befristete Arbeit nur mit einem triftigen „Sachgrund“ zu.
3. Wir genehmigen Werkverträge nur mehr mit einem finanziellen Zuschlag auf den Tariflohn – den „Prekaritätszuschlag“.
4. Wir erhöhen den Mindestlohn in zwei Schritten von jetzt 9,19 Euro jeweils um einen Euro pro Stunde.
5. Wir schaffen ein neues „Gesetz zur Förderung der Tarifikultur“, in dem wir unter anderem die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen gezielt ausweiten. Und: Betriebe mit Tarifbindung werden grundsätzlich bevorzugt, wenn es um gesetzliche Neuregelungen, um öffentliche Aufträge und um die Bewertung von Unternehmen geht.

## **Solidarisch an der Seite der prekär Beschäftigten**

Jeder prekär Beschäftigte muss mit seiner Arbeits- und Lebenssituation angenommen und ernst genommen werden. Dazu braucht es soziale Bewegungen, Menschenrechtsgruppen, Parteien und vor allem Gewerkschaften, die mit ihren Betriebsräten doch eine starke Kraft im Lande sind. Wenn sie sich vielleicht noch mehr mit Gruppen wie die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung, Betriebsseelsorge, mit Sozialethikern, Menschenrechtsgruppen, Kirchen und NGOs

vernetzen, kann sich hier Neues bilden. Wir haben damit in Augsburg jedenfalls zuletzt beste Erfahrungen mit unserer Solidaritätsarbeit über alle Grenzen hinweg gemacht.

# Duale Ausbildung. Zukunft der Arbeit. Selbstorganisation

---

Von: **Prof. Dr. Fritz Böhle** (*Professor an der Universität Augsburg / ISF München*)

**Selbst der beste Ingenieur, der beste Manager hat seine individuellen Grenzen, er braucht andere Menschen als gleichberechtigte Partner.**

*Gerhard Endres interviewte den Arbeitssoziologen Professor Dr. Fritz Böhle, Universität Augsburg und bis Juni 2018 Vorstandsvorsitzender des Instituts für sozialwissenschaftliche Forschung (ISF) in München. Das ISF wurde 1965 von Professor Burkart Lutz gegründet.*

*Wir trafen uns im Münchner Literaturhaus, tranken Kakao und Kaffee. Unser Gespräch führte über die duale Berufsausbildung, den Sinn von auch anstrengender Arbeit zum 'kleinen', notwendigen Sinn im Leben. Eine weitere wichtige Perspektive von Arbeit ist die Selbstorganisation, die mehr ist als Selbstverwaltung, die durch Gremien bestimmt ist. Zwischendurch brachte uns der Kellner Kaffee und hatte Mühe, ihn auf dem Tisch mit viel Papier hinzustellen.*

## Duale Berufsausbildung ein Modell für die Zukunft?

**ddm: Herr Professor Böhle duale Berufsausbildung gilt in der Wirtschaft als wichtig, in der öffentlichen Diskussion wird jedoch das schulische Wissen betont. Die höchste Stufe hierbei ist die universitäre, akademische Bildung. Berufsausbildung wird oft nicht als Bildung wahrgenommen.**

Böhle: Ja, Bildung wird zumeist nur auf Allgemeinbildung und systematisches Wissen bezogen. Praktisches Lernen zählt bei dieser Sicht nicht zur Bildung. Das müssen wir korrigieren. Für eine berufliche Tätigkeit benötigt man unterschiedliche Formen des Wissens. Notwendig ist systematisches Wissen, das wissenschaftlich begründet ist und in der Schule vermittelt wird. Ebenso ist aber auch Erfahrungswissen notwendig, ein Wissen, das in der Praxis erworben wird. Für eine berufliche Tätigkeit sind beide Wissensformen wichtig, das systematische Wissen und das Erfahrungswissen. Das Erfahrungswissen kann man nicht in der Schule lernen. Es muss im praktischen Umgang mit den Dingen erworben werden.

### **ddm: Was folgt daraus für die duale Berufsausbildung?**

Böhle: Die duale berufliche Bildung ist die einzige Bildung, bei der verschiedene Wissensformen vermittelt werden, allgemeinbildendes Wissen und Erfahrungswissen. Die duale berufliche Bildung ist daher ein Bildungsmodell, das auf allen Ebenen des Bildungssystems und des Beschäftigungssystems notwendig wäre. Die Kombination unterschiedlichen Formen des Wissens ist nicht nur für die Arbeitswelt und die berufsbezogene Bildung wichtig. Wir brauchen sie auch z.B. bei der Kindererziehung und der politischen Aktivität, kurzum überall in der Arbeitswelt und im gesamten Leben.

### **ddm: Erfahrungen macht jeder Mensch. Was ist das Besondere am Erfahrungswissen, warum betonen Sie das?**

Böhle: Das allgemeinbildende, systematische Wissen zeichnet sich durch Generalisierung und Ablösung von konkreten Zusammenhängen aus. Es ist in unterschiedliche Disziplinen und Fachrichtungen gegliedert wie z.B. Physik, Chemie, Ökonomie und hier wiederum in bestimmte Spezialgebiete. Diese unterschiedlichen Disziplinen sind in der Praxis jedoch nicht getrennt, sondern miteinander verbunden. Der Ingenieur erfährt in der Praxis, dass auch bei technischen Lösungen ökonomische Aspekte berücksichtigt werden müssen und die Entwicklung der Technik durch unterschiedliche Interessen von Entwicklern, Herstellern, Nutzern beeinflusst wird. In der Praxis werden unterschiedliche Blickrichtungen zusammengefügt, hierauf bezieht sich das Erfahrungswissen. Es wird daher auch als Kontextwissen und Zusammenhangswissen bezeichnet.

### **ddm: Gibt es noch andere Aspekte des Erfahrungswissens?**

Böhle: Ja ein weiterer, vielleicht der wichtigste Aspekt ist das Wissen und die tiefe Erkenntnis über Unwägbarkeiten, die sich nicht exakt und vollständig erfassen lassen. Die Wirklichkeit ist nicht vollständig objektiv beschreibbar und läuft nicht exakt nach Regeln und Regelmäßigkeiten ab. Heute glaubt man zwar durch Big Data alles durch Algorithmen erfassen zu können. Nach unseren Untersuchungen ist dies nicht möglich – vor allem in der Arbeitswelt. Das gilt für den Facharbeiter in der Produktion und Montage ebenso wie für den Ingenieur in der Entwicklung und Projektarbeit oder bei Dienstleistungen. Ein erfahrener Facharbeiter erkennt die Unregelmäßigkeiten von technischen Anlagen, die ganz unterschiedliche Ursachen haben können. Er weiß um die Einwirkungen verschiedener Einflüsse, sei es Temperatur, Feuchtigkeit aber auch anderer Faktoren, wie etwa des Verschleißes. Der erfahrene Facharbeiter oder allgemein jene, die auf ihrem Gebiet Experten sind, wissen, dass man nicht alles vorweg planen kann. Sie haben erfahren, dass Unwägbarkeiten auftreten können. Sie können nicht genau wissen, ob und wann Unwägbarkeiten auftreten, aber sie haben die Erfahrung, dass dies geschehen kann.

Und vor allem: Sie sind und bleiben bei solchen Unwägbarkeiten handlungsfähig. Es gibt für diese Situationen keine fertigen Rezepte und zumeist ist keine Zeit für aufwändige Analysen und Entscheidungen. Das Erfahrungswissen ist daher mit einem bestimmten Handeln verbunden, wir nennen es erfahrungsgeleitetes Handeln.

**ddm: Hat dies auch mit der oft unterschätzten sinnlichen Wahrnehmung zu tun?**

Böhle: Erfahrungswissen hat enorm viel mit sinnlicher Wahrnehmung zu tun. Um zu erkennen, wie im konkreten Fall eine Unwägbarkeit bewältigt werden kann, muss man sich an eine Lösung herantasten und dabei vielfältige Informationen wahrnehmen, vor allem Informationen, die in den Dingen und Ereignissen selbst enthalten sind. So gibt es beispielsweise Farbveränderungen, Gerüche, Geräusche oder aber auch eine angespannte Atmosphäre. Es reicht nicht aus, Informationen nur zu registrieren, wie bei einem technischen Instrument. Ein Spürsinn, ein Spüren und Er-Spüren mit allen Sinnen sind notwendig. Das ist die Grundlage des Erfahrungswissens. Scheinbar Unbedeutendes und für einen Laien kaum Erkennbares kann sich damit als ein entscheidender Hinweis für eine Lösung erweisen. Oft wird dies dann als 'Intuition' oder 'Bauchgefühl' bezeichnet. Übersehen wird dabei allerdings, dass Erfahrungswissen und erfahrungsgeleitetes Handeln notwendig sind.

**ddm: Kann man dieses Erfahrungswissen lernen?**

Böhle: Erfahrungswissen kann man nicht aus Büchern lernen, es entsteht durch praktisches Handeln. Zumeist wird praktisches Handeln nur als Anwendung von Wissen gesehen. Man kann aber auch durch das praktische Handeln ein besonderes Wissen über die Dinge, mit denen man es zu tun hat, gewinnen. Das Lernen bezieht sich beim Erfahrungswissen somit vor allem auf die Fähigkeit durch praktisches Handeln, Wissen zu erwerben. Eine Voraussetzung hierfür ist, dass Arbeit – und auch andere Lebensbereiche – lernförderlich sind. Es muss möglich sein sich mit den Dingen auseinanderzusetzen, etwas Auszuprobieren und zu Erfahren. Vor allem sollten wir die Fähigkeit etwas zu erspüren und sich an Dinge heranzutasten, entwickeln und wertschätzen.

## Zukunft der Arbeit

**ddm: Viele Menschen sagen, die Arbeit und die Arbeitsgesellschaft geht ihrem Ende zu. Welchen Stellenwert hat die Arbeit für den Menschen in der Zukunft?**

Böhle: Ich gehe davon aus, dass Arbeit und das System der Erwerbsarbeit weiterhin für die Menschen einen hohen Stellenwert haben werden. Erwerbsarbeit ist nicht

nur eine wichtige Grundlage zur selbständigen Sicherung der Existenz, sie ist auch ein wichtiger Bestandteil der sozialen Integration der Menschen in die Gesellschaft.

**ddm: Viele Menschen machen einen Job um Geld verdienen, andere wollen sich in der Arbeit verwirklichen. Braucht der Mensch bei der Arbeit einen Sinn?**

Böhle: Ich gehe davon aus, dass der Mensch ein sinnorientiertes Wesen ist, er braucht für seine Handlungen immer einen Grund und sucht nach einem Sinn. Bei Erwerbsarbeit kann man einen Sinn der Arbeit darin sehen, ein finanzielles Einkommen zu erhalten, um leben zu können. Die Arbeit selbst ist dann nur ein Mittel, um Geld zu verdienen. Eine solche rein instrumentelle Haltung zur Arbeit ist nur schwer durchhaltbar. Der Mensch braucht und sucht immer auch einen Sinn in der Arbeit. Es geht dabei nicht immer um das ganz Große für das gesamte Leben oder die Gesellschaft. Es gibt auch den 'kleinen' Sinn, dass ich etwas zustande gebracht habe, dass etwas funktioniert. Die Psychologen sprechen hier oft von der „Selbstwirksamkeit“. Ich habe etwas repariert, in Bewegung gehalten, einen Prozess in Gang gebracht oder dazu beigetragen, dass keine Fehler aufgetreten sind. Das ist eine Selbstbestätigung und ein Erfolgserlebnis.

**ddm: Zu was raten Sie den Menschen bei der Wahl der beruflichen Tätigkeit? Sollen sie sich die Sinnfrage stellen?**

Böhle: Die Menschen müssen sich diese Frage stellen. Wenn ich den Sinn nicht in der Arbeit finde, besteht die Gefahr, dass ich ihn nur außerhalb der Arbeit suche und finden muss. Dann sehe ich den einzigen Sinn meiner Arbeit darin, Geld zu verdienen. Aber das Geld allein erfüllt den Menschen noch nicht. Die Sinnsuche wird daher auf das Ausgeben von Geld und Konsum verlagert. Ich bin nicht gegen den Konsum und predige Askese. Aber es ist schon ein Problem, wenn sich die Suche nach dem Sinn der Arbeit und des Lebens nur mehr darauf richtet ein neues Auto zu kaufen, kostspielige Reisen zu machen und Reichtum als Leistungsbeweis zu demonstrieren.

**ddm: Viele Ökonomen und Politiker fordern ein Grundeinkommen statt Erwerbsarbeit. Was halten Sie davon?**

Böhle: Als Alternative zur Erwerbsarbeit müsste ein Grundeinkommen sehr viel höher sein als dies heute diskutiert wird. Für dessen Realisierung sehe ich keinerlei Anzeichen und Möglichkeiten. Stattdessen muss das System der Erwerbsarbeit so gestaltet werden, dass die Menschen an diesem System teilhaben können und Arbeit menschenwürdig gestaltet ist. Arbeit darf nicht nur ein Produktionsfaktor sein – so wie es die Betriebswirtschaftslehre sieht. Arbeit soll und muss vielmehr auch dazu beitragen, dass Menschen ihre Fähigkeiten entwickeln können und ihre Arbeit sich für sie als sinnvoll erweist.

**ddm: Heißt dies, dass Arbeit und speziell Erwerbsarbeit der zentrale Lebensinhalt zukünftig bleibt oder sein soll?**

Böhle: Aus meiner Sicht hat Erwerbsarbeit auch zukünftig eine zentrale Bedeutung für die individuelle Lebensgestaltung. Im Unterschied zur Industrie- und Arbeitsgesellschaft des 19. und 20. Jahrhunderts werden aber auch zunehmend andere Lebensbereiche und Tätigkeiten wichtig, im sozialen, kulturellen und politischen Bereich. Ich trete daher für eine radikale Arbeitszeitverkürzung für alle ein. Ich fordere statt eines 'Grundeinkommen für alle' eine 'Arbeitszeitverkürzung für alle' auf mindestens 30 Stunden.

**ddm: Wie muss die Arbeit der Zukunft gestaltet sein, dass sie sinnerfüllend ist?**

Böhle: Es wird in Zukunft darauf ankommen, dass die Menschen sehen, zu welchem Produkt und Ergebnis sie mit ihrer Arbeit beitragen. Viele, wahrscheinlich die meisten Menschen leisten auch in Zukunft nur einen Teilbeitrag zu einem bestimmten Produkt. Man kann auch in einem Teilergebnis einen Sinn sehen. In Zukunft wird jedoch der Blick auf das Gesamtergebnis immer wichtiger. Es spielt in Zukunft eine größere Rolle, den Zusammenhang zwischen der eigenen Arbeit und anderen Arbeiten und Prozessen zu erkennen. Arbeiten sie im Krankenhaus, kann es ihnen nicht gleichgültig sein, ob und wie sich ihre Arbeit auf die Gesundheit und das Wohlbefinden der Patienten auswirkt. Bei Dienstleistungen ist es sehr viel schwerer als in der Produktion und Verwaltung vom Gesamtergebnis abzusehen.

**ddm: Der Dienstleistungsbereich, die Arbeit am Menschen nimmt zu. Viele Menschen arbeiten hier aber über ihre Grenzen hinaus ...**

Böhle: Ja das stimmt. Aber Belastungen wie Zeitdruck, Überstunden, Stress, Burnout – beispielsweise in der Pflege – resultieren nicht daraus, dass Pflegearbeit grundsätzlich belastend ist. Eine wesentliche Ursache ist die knappe personelle Besetzung. Die einzelne Pflegekraft ist überlastet, da Personal fehlt. Der Pflegenotstand resultiert nicht daraus, dass die Pflege als berufliche Tätigkeit nicht attraktiv ist; es sind vielmehr die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung.

Ein Grund ist, dass man das Gesundheitssystem unter das allgemeine Kriterium der Ökonomisierung gestellt hat. Der Sozialbereich, wie auch der künstlerische Bereich, Theater und Museen, müssen wirtschaftlich arbeiten. Das Management von Krankenhäusern muss auch ökonomisch denken. Das ist völlig richtig, aber es ist eine völlige Fehlentwicklung, wenn man erwartet, dass Krankenhäuser kostendeckend arbeiten und Altenheime Gewinne machen. Das kann nur zu Lasten

des Personals und der Qualität der Leistung gehen. Die Menschen arbeiten dann über ihre Grenzen, gerade weil sie in ihrer Arbeit einen Sinn sehen und sie sich für die Qualität der Arbeit am Menschen verantwortlich fühlen. Dies kann jedoch auf Dauer nicht gut gehen, da sie sich hierdurch selbst schädigen und gezwungen sind aus dem Beruf auszuschneiden.

**ddm: Aber wie sollen denn die Kosten in diesen Bereichen gedeckt werden, mehr Personal eingestellt und die Bezahlung verbessert werden?**

Böhle: Wir haben eine sehr unterschiedliche Produktivität in verschiedenen Branchen. In der Automobilindustrie steigt durch die Technisierung die Produktivität sehr viel stärker an als in der Dienstleistung. Die Lohnpolitik und Bezahlung orientierten sich aber an der Produktivität. Diese 'produktivitätsorientierte' Lohnpolitik war ein großer Fortschritt in den 1960er Jahren. Sie garantierte eine Teilhabe der Erwerbstätigen am wirtschaftlichen Wachstum und den Erfolgen der Technisierung und Rationalisierung. Nun führt sie jedoch zunehmend zu sozialer Ungleichheit bei den Erwerbstätigen. Betriebswirtschaftlich betrachtet sind viele Dienstleistungsbereiche nicht produktiv. Wenn man die Bezahlung nur an der Produktivität orientiert, dann hat das zwangsläufig zur Folge, dass beispielsweise in der Pflege die Bezahlung sehr viel niedriger ist als etwa in der Automobil- oder Chemie-Industrie, ganz unabhängig davon, was die Beschäftigten tatsächlich leisten.

Dienstleistungen wie z.B. das Gesundheitswesen sind jedoch volkswirtschaftlich und gesellschaftlich betrachtet sehr wichtig und auch gesellschaftlich 'produktiv', ebenso wie der Erziehungs- und Schulbereich. Wir brauchen daher eine völlig neue Umverteilung von Ressourcen und einen Ausgleich in der Lohnpolitik; einen Ausgleich zwischen unmittelbar produktiven Branchen und solchen, die nicht unmittelbar produktiv sind, und es auch nicht sein können, die aber für die Gesellschaft insgesamt sehr wichtig sind. Das sind keine grundsätzlich neuen Erkenntnisse. An Stelle des bisher üblichen Rufes nach staatlicher Subventionierung und steuerlicher Finanzierung wären jedoch zukünftig vor allem neue tarifpolitische Lösungen zu entwickeln. Sie müssten sich auf einen lohnpolitischen Ausgleich zwischen unterschiedlichen Branchen beziehen.

## Selbstverantwortung und Selbstorganisation

**ddm: Mal abgesehen von der Bezahlung. Wie muss menschengerechte Arbeit zukünftig organisiert sein?**

Böhle: Selbstorganisation ist eine neue große Entwicklung und Anforderung in der Arbeitswelt. In den Zeiten des Fließbandes war es schon eine Revolution zu fordern, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter mehr Einfluss und Eigenverantwortung bei ihrer Arbeit erhalten. Heute gibt es viele Bereiche, in

denen von den Unternehmen gefordert wird, dass die Beschäftigten mehr Selbstverantwortung übernehmen. Vieles, was früher gefordert wurde, wird nun also erfüllt. So scheint es zumindest. Doch man muss genauer hinschauen.

**ddm: Wie meinen Sie das? Ist Selbstverantwortung noch immer nicht möglich? Kollegen von Ihnen sprechen von der Gefahr des digitalen Fließbandes, also der Standardisierung und Festlegung von Arbeitsabläufen durch Technik.**

Böhle: Ich will die Gefahr des digitalen Fließbandes nicht abstreiten. Aber ich glaube nicht, dass dies das zentrale Problem der zukünftigen Entwicklungen ist. Ich sehe vielmehr Probleme gerade darin, dass zunehmend die Anforderung besteht, selbstverantwortlich zu arbeiten. Dort, wo der Mensch noch gebraucht wird, entstehen eher anspruchsvolle Tätigkeiten mit wechselnden Aufgaben in Selbstverantwortung, aber die Selbstverantwortung kann auch zu neuen Belastungen führen. Es ist möglich selbst zu entscheiden, wie man arbeitet und seine Aufgaben erledigt. Zugleich sind jedoch zumeist die Rahmenbedingungen wie Zeit, Kosten, Personal vorgegeben. So ist man zwar selbstverantwortlich, kann aber die Rahmenbedingungen seiner Arbeit nicht beeinflussen. Eine Folge ist die Selbstüberforderung. Man muss mit den zeitlichen Vorgaben und sonstigen Ressourcen zurechtkommen, auch wenn sie nicht ausreichen. Man arbeitet „freiwillig“ mehr, der innere Druck nimmt zu, weil man kein schlechtes Ergebnis abliefern will und kann.

**ddm: Gibt es noch andere Formen der Selbstorganisation? Auch schon früher wurde ja beispielsweise die Selbstorganisation oder Selbstverwaltung von Unternehmen durch die Beschäftigten gefordert.**

Böhle: Ja. Selbstorganisation beschränkt sich nicht nur auf die eigene Tätigkeit; auch eine Gruppe oder Abteilung kann selbstverantwortlich sein. Dabei geht es um die Abstimmung zwischen unterschiedlichen Aufgaben und Prozessen. Hier stellt sich die Frage: Wie organisiert man sich als Gruppe oder Abteilung?

**ddm: Ein weitverbreitetes und bekanntes Modell der Selbstorganisation ist der Markt. Heute spricht man sogar von der Vermarktlichung der Organisation von Unternehmen. Wie beurteilen Sie das?**

Böhle: Der Grundsatz des Markts ist: Jeder handelt nach seinem Interesse und dann entsteht 'hinter dem Rücken' der Akteure eine Ordnung. Dies ist allerdings nur in der Theorie der Fall. Damit die Ordnung im Markt entsteht, sind allgemeine Rahmenbedingungen und Interventionen durch übergeordnete Instanzen notwendig. In Unternehmen wird der Markt vor allem zur Erzeugung von Wettbewerb zwischen den Beschäftigten, Arbeitsgruppen und Abteilungen zur Kostenreduzierung eingeführt.

Eine andere Variante der Selbstorganisation ist die von ihnen schon erwähnte Selbstverwaltung. Man wählt Verantwortliche, etabliert Gremien und bespricht was getan werden soll. Das ist das Prinzip der Partizipation und Demokratie. Man beschließt gemeinsam, direkt oder stellvertretend, Regeln, mit denen das jeweils individuelle Handeln der Mitglieder abgestimmt und koordiniert wird. Jeder handelt dann für sich, orientiert sich aber an den gemeinsam festgelegten Regeln. Die Abstimmung und Koordination erfolgten dabei allerdings, dem Prinzip nach, in gleicher Weise wie bei einem zentralen Management. Es ist eine Selbstorganisation 'von oben'. Es entstehen daher ähnliche Probleme wie beim zentralen Management. Die allgemeinen Regeln erweisen sich als zu starr und als Behinderung vor allem bei dynamischen Prozessen, wenn rasch und flexibel entschieden und gehandelt werden muss.

### **ddm: Gibt es überhaupt Alternativen?**

Böhle: Ja, die gibt es. Man muss selbstverantwortlich handeln und zugleich das Ganze im Blick haben. Nehmen wir als einfaches Beispiel eine Wohngemeinschaft. Da gibt es verschiedene Formen des Zusammenlebens. Form A: Jeden Montag ist Besprechung: wer räumt den Müll weg? Wer wäscht das Geschirr ab? Wer macht den Einkauf usw.? Wenn jemand krank wird, bricht diese Planung zusammen. Dies ist das Modell der Selbstverwaltung. Form B: Die Leute in der Wohngemeinschaft sehen einfach, was zu tun ist. Da ist eine nicht abgespülte Tasse, da fehlt etwas im Kühlschrank, da muss eine Lampe ausgetauscht werden. Da spielt sich ein Zusammenwirken ein und ein Sinn für Gerechtigkeit. Ohne viel Reden wird vieles gemeinsam gemacht.

### **ddm: Was ist das Geheimnis?**

Böhle: Es sind Menschen, die selbstverantwortlich für sich handeln und immer gleichzeitig auch die Anderen und das Gesamte im Blick haben und ihr eigenes Handeln damit abstimmen. Das wäre ein Modell der Selbstorganisation, das wir in Zukunft brauchen. Wir könnten es 'Selbstorganisation von unten' nennen.

### **ddm: Wie kommen wir da hin?**

Böhle: Wir müssen die Menschen darüber aufklären, dass selbstverantwortliches Handeln darauf beruht, auf die eigene Autonomie zu achten und gleichzeitig darauf zu achten, wie der Gesamtprozess läuft. Wir haben in unserer Kultur einen Gegensatz zwischen individueller Autonomie und gemeinschaftlichem Handeln. Gemeinschaft und Organisation werden als Einschränkung der individuellen Autonomie, die Autonomie als Gefährdung gemeinschaftlichen Handelns gesehen. Viele begreifen Autonomie und Selbstorganisation nach dem Marktmodell. Die Ideologie des Marktes sagt: Je unabhängiger ich als einzelner Mensch bin, desto mehr Chancen habe ich. Sie sehen nicht: Das Gegenteil ist der Fall. Je mehr ich als

Einzelner auf mich selbst bezogen handele, desto beschränkter bin ich, weil ich keine Unterstützung von Anderen habe. Nur durch meine Beziehung zu Anderen kann ich als Einzelner autonom sein. Ein Grundmodell hierfür ist die Mutter-Kind-Beziehung: Das Kind ist ein hilfloses Wesen, nur durch die Beziehung zur Mutter kann es ein autonomes Wesen werden. Individuelle Autonomie ist immer verbunden mit der Beziehung zu anderen. Soziale Beziehungen sind keine Einschränkung für den einzelnen Menschen, sondern sie ermöglichen erst dem Einzelnen die Autonomie.

**ddm: Sie sehen also keinen Gegensatz zu einem Handeln, das auf sich selbst bezogen ist und gemeinschaftsbezogenem Handeln?**

Böhle: Ja, man muss sich als Teil des Ganzen sehen und das Ganze ist keine Beschränkung, sondern Ermöglichung. Nehmen Sie wiederum ein anschauliches Beispiel, das Fußballspiel. Fußball kann zwar geübt und geplant werden, aber auf dem Platz, beim Spiel ist eine situative und flexible Abstimmung durch 'Selbstorganisation von unten' notwendig. Möglicherweise ist das vielen Trainern und auch Spielern gar nicht bewusst, aber sie tun es und sie müssen es tun, um erfolgreich zu sein. Als Spieler muss ich sehr aufmerksam schauen, was die anderen tun, ich muss mich darauf einstellen und gleichzeitig eröffnen mit anderen Spieler Spielmöglichkeiten. Ein stures Abspulen bestimmter Spielzüge führt hier nicht zum Erfolg. Ein anderes Beispiel ist die gemeinsame Improvisation in der Musik, vor allem beim Jazz. Diese Form der Selbstorganisation müssen wir sehr viel bewusster ansehen. Wir haben sicher noch viele andere Bereiche, wo diese Form der Selbstorganisation schon längst praktiziert wird, das müssen wir in der Arbeitswelt wertschätzen und nutzen; eine Selbstorganisation durch praktisches Handeln. Das klingt vielleicht seltsam, idealistisch, aber ich glaube, das ist in allen Bereichen des Lebens zunehmend notwendig.

**ddm: Soll man nicht mehr miteinander reden?**

Böhle: Ich war und bin immer ein Verfechter des Redens, des Dialogs. Wir hatten jedoch jetzt eine Phase, wo wir gelernt haben miteinander zu sprechen, zu diskutieren und zu verhandeln. Dies muss auch weiter stattfinden und gelernt werden. Doch jetzt kommt vielleicht noch etwas Neues hinzu. Vielleicht kommt jetzt eine Phase, wo wir auch lernen müssen wortlos oder fast wortlos miteinander zu kommunizieren und lernen unser selbstverantwortliches Handeln mit anderen abzustimmen. Im Team kann ich nicht warten, bis mir jemand sagt, was zu tun ist. Es ist notwendig, selbst zu sehen, was zu tun ist. Bei einer Störung muss schnell, ohne viel Diskussion und Beratung, reagiert und kooperiert werden.

**ddm: Zum Schluss eine persönliche Frage: Welchen Sinn sehen Sie für sich selbst in der Arbeit?**

Böhle: Ich glaube, dass ich immer einen Sinn in dem suche, was ich mache. Das ist nichts Besonderes, wenn man den Menschen allgemein als ein sinnsuchendes Wesen definiert. Aber es gibt grundsätzlich zwei Orientierungen: Man bezieht den Sinn nur auf selbst und fragt sich, was nützt es mir, wenn ich arbeite? Kann ich mich in meiner Arbeit verwirklichen? Bleibe ich gesund? Habe ich noch genügend Zeit für anderes usw.? Dieser Bezug auf mich selbst reicht mir nicht. Ich möchte der Welt auch etwas geben und etwas beitragen. Ich glaube noch immer an die Möglichkeit der 'Weltverbesserung', auch wenn meine Ansprüche dabei sehr bescheiden geworden sind. Ich kann mein Glück nicht finden, wenn ich nicht dazu beitrage, dass die Welt um mich herum so ist, dass sie mich in Frieden lässt. Wenn ich Glück habe, hilft sie mir und unterstützt mich das zu tun, was ich gerne mache. So muss ich mich für die Welt außerhalb von mir engagieren. Ich bin also in meinem eigenen Interesse altruistisch und engagiere mich sozial. Für mich ist es aber auch erfüllend, wenn ich, unabhängig für die Wirkung auf mein eigenes Leben, dazu beitrage, dass etwas geschieht, das ich als gut ansehe. Vielleicht ist dies das Bedürfnis etwas zu tun, das nicht nur für mich individuell, sondern allgemein, einen Sinn hat.

Lasst uns über Arbeit reden!

## Warum es Sinn macht, die Machtfrage in der Arbeitswelt zu stellen: Mächtigkeit durch gemeinsames solidarisches Handeln.

---

Von: **Klaus Barthel** (*Politologe, Viele Jahre Gewerkschaftssekretär bei ver.di*)

### Ein paar schlichte Thesen am Anfang:

Arbeit ist nicht nur das halbe Leben, sondern das Ganze. Einerseits stammt alles, was wir von unserem ersten Atemzug an bis zum Lebensende verbrauchen, aus menschlicher Anstrengung unter Nutzung natürlicher Ressourcen, also aus Arbeit. Das gilt für zurückliegende, geronnene Arbeit in Form von Gebäuden, Geräten, Maschinen, Computern und Programmen ebenso wie für aktuell geleistete Arbeit. Andererseits entscheidet unser Arbeitsleben darüber, in welcher Weise wir einen wesentlichen Teil unserer Lebenszeit verbringen und wie wir schließlich am gesellschaftlichen Leben und Reichtum teilnehmen.

Das gilt natürlich „nur“ für den weitaus überwiegenden Teil der Menschheit, der nicht von ererbtem Vermögen leben kann. Auch wenn derzeit weltweit die Zahl der Multimillionäre und Milliardäre steigt, ändert sich das Zahlenverhältnis nur im Promillebereich. Ein paar Dutzend Superreiche besitzen soviel wie die Hälfte der ganzen Menschheit. Auch für erstere gilt, dass sie von nichts anderem leben als von Arbeit – allerdings ist dies die Arbeit anderer. Trivial, werden jetzt viele denken – nur hat man gegenwärtig den Eindruck, dass es angesichts der Abgehobenheit selbsternannter Eliten nicht schaden kann, mal wieder daran zu erinnern.

### Die Arbeit und ihr Wandel – nicht eindimensional

Die Arbeit wird nicht verschwinden, auch wenn uns bei jeder neuen technologischen Welle seit Beginn der Industrialisierung immer wieder versucht wird, etwas anderes weiszumachen. Aber sie wird laufend verändert. Ich spreche absichtlich nicht davon, dass sie „sich verändert“, also aus sich heraus. Es geht nicht um einen naturwüchsigen, zwangsläufigen Prozess, sondern um Mechanismen, die in unserem Wirtschaftssystem und dessen Machtverhältnissen liegen.

# Digitalisierung

Die vielzitierte Digitalisierung als aktuelle Form des technologischen Wandels stellt nur eine Dimension der Veränderungen dar, wenn auch eine wichtige. Sie ist nicht, wie man oft hören und lesen kann, Musik einer näheren oder fernerer Zukunft, sondern sie ist in vollem Gange. Sie wird auch nicht in absehbarer Zukunft beendet sein. Sie ist ein langer Prozess, der nach und nach alle Bereiche der Arbeits- und Nicht-Arbeitswelt durchdringen wird. Auch das mag trivial klingen, muss aber betont werden, um deutlich zu machen, dass schon von daher laufend Eingriffsmöglichkeiten bestehen.

Digitalisierung durchdringt Kopf- und Handarbeit, Konsum und Freizeit, nicht nur jeweils in sich, sondern gegenseitig. Ein Beispiel dafür ist die fortlaufende Neujustierung der Anbieter-Kunden-Beziehungen, etwa in Gestalt der immer weiter fortschreitenden Verlagerung bisher professioneller Arbeit auf die Kunden. Ob Fahrkartenverkauf, Bankdienste, Online-Shopping, Postdienstleistungen, öffentliche Verwaltung – es entstehen für die Beschäftigten neue Abhängigkeiten, Anforderungen, Dequalifizierungen, zeitliche und räumliche Verlagerungen von Arbeit. Gleichzeitig werden Erwerbsarbeit und „Freizeit“ kontinuierlich verschränkt und entgrenzt.

Die Arbeit selbst wird jetzt auch in qualifizierteren Tätigkeitsbereichen verändert. Das führt immerhin dazu, dass die publizistische und politische Aufmerksamkeit bei Digitalisierung höher ist als bei früheren technologischen Veränderungsprozessen, geht es doch bei den Betroffenen nunmehr auch um diejenigen, die landläufig zu den sogenannten Mittelschichten gerechnet werden.

Die „digitale Revolution“ stellt jedoch keine gesellschaftliche Umwälzung im Sinne einer Neuordnung des Oben und Unten dar, sondern zementiert und polarisiert die Macht- und Besitzverhältnisse. Die „Mitte“ erodiert. Besonders deutlich wird das nicht nur in der Einkommens- und Vermögensstatistik, sondern auch im Bildungsbereich: die Aufstiegschancen bildungsferner und einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen sinken seit längerem in dem Maße, wie die Risiken des Abstiegs für Reiche und formal Hochgebildete abnehmen.

# Globalisierung

In der aktuellen Digitalisierungsdebatte übersehen viele, dass diese Digitalisierung nicht im luftleeren Raum stattfindet, sondern im Rahmen kapitalistischer Globalisierung. Die Digitalisierung erlaubt eine weitere Verflechtung der Volkswirtschaften zu einem Weltmarkt, die Organisation immer komplexerer und zergliederter Wertschöpfungsketten, weiter expandierende Finanzmärkte, immer

intensiveren Standortwettbewerb, immer stärkeren Druck auf Arbeits- und Lebensbedingungen. Gleichzeitig wirkt die Globalisierung auf die Digitalisierung zurück, indem sie zum Instrument dieser Art von Globalisierung wird und digitale Arbeit selbst zum Gegenstand des globalen Wettbewerbs wird. Stichworte hierfür sind Google, Amazon und Uber, Plattformarbeit und Cloudworking, Arbeit-Geber, die keine Arbeitgeber sein wollen.

## Finanzmarktentwicklung

Die Richtung und den Takt für Digitalisierung und Globalisierung wiederum geben die Finanzmärkte vor. Digitalisierung und entfesselte Globalisierung ermöglichen, erleichtern und beschleunigen die Umwälzung von immer größeren Massen an Finanzkapital in Dimensionen, die mittlerweile das Volumen der Vorkrisenzeit von 2007/8 wieder überschritten haben und die ein Vielfaches der realen Wertschöpfung und des realen Welthandels umfassen. Diese Kapitalmassen bewegen sich nicht nach den Vorstellungen einer Herde von Kleinaktionären und Pensionisten, sondern nach den Algorithmen, die ganz wenige Großanleger, Fonds, Banken und Spekulanten entwickeln lassen.

## Konzentration von Macht und Geld

Der Finanzkapitalismus läutet auch eine neue Runde der Konzentration von Macht und Geld ein. Anlagesuchendes Finanzkapital durchdringt den realwirtschaftlichen Sektor, große Industrien bis weit in den bisher von Familienunternehmen geprägten Mittelstand hinein. Es erfasst sämtliche Dienstleistungsbereiche wie die bisher öffentliche Daseinsvorsorge, wie Krankenhäuser und Wasserversorgung, wie Altersvorsorge und Bildungsfinanzierung. Internationale Finanzinvestoren diktieren unternehmerische Entscheidungen und Managementstrategien, einschließlich des Umgangs mit Gewerkschaften und Mitbestimmung sowie einschließlich der Fragen der Steuervermeidung und Steuerhinterziehung. Sie üben permanenten und massiven Einfluss auf Staaten und Regierungen aus.

## Zunahme von Dienstleistungen

Teilweise unabhängig von der Digitalisierung, teilweise beschleunigt durch sie, setzt sich die Tertiarisierung insbesondere der hochindustrialisierten Volkswirtschaften fort, also der Anstieg des Anteils der Dienstleistungen an der gesellschaftlichen Wertschöpfung. Das gilt für vor- und nachgelagerte industriennahe Dienstleistungen von Logistik bis Information und Kommunikation ebenso wie für gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen wie Bildung und Erziehung, Gesundheit und Pflege, Ver- und Entsorgung. Gleichzeitig verschwimmen die Grenzen zwischen Produktion und Dienstleistungen. Dies zeigt

sich an den Strategien des Outsourcings, also der Auslagerung von ursprünglich industriellen Arbeitsanteilen auf andere Unternehmen, Betriebe und Plattformen, vor allem um Effizienz zu steigern und Arbeitskosten zu senken. Aufgrund anderer Produktivitäts- und Verteilungsmuster steigt im Dienstleistungsbereich die Zahl der Arbeitsplätze überproportional an. In weiten Teilen handelt es sich hier um schlecht bezahlte, oft prekäre Arbeit. Insbesondere in Deutschland ist der Dienstleistungsbereich zum Sinnbild für die Spaltung unserer Gesellschaft geworden.

Hinter all diesen „Megatrends“ steht – unerwähnt, oftmals bewusst verschleiert – die Frage nach der Nutzung und Organisation von Arbeit.

Die bisherigen Erfahrungen mit dem globalen und digitalen Finanzkapitalismus haben eines deutlich gemacht: Der in politischen Kreisen so beliebte Diskurs von Chancen und Risiken der Globalisierung und der Digitalisierung hat unter den im wörtlichen Sinne *herrschenden Bedingungen* eine deutliche Schlagseite: er verschiebt die Gewichte zu Macht und Geld und weg vom Faktor Arbeit und weg von den arbeitenden Menschen. Chancen wie Risiken sind sehr ungleich verteilt. Das gilt im nationalen wie im internationalen Maßstab. Mit der Durchsetzung des globalen Finanzkapitalismus wurde ein gigantisches *Räderwerk der Umverteilung* von unten nach oben, aber auch zwischen und innerhalb der Weltregionen in Bewegung gesetzt. Dies bildet auch, zusammen mit dem unserer Produktionsweise geschuldeten Klimawandel, den Hintergrund der Migrationsbewegungen, vieler Krisen und (Bürger-)Kriege auf der ganzen Welt.

Arbeiterbewegung und soziale Politik verloren und verlieren unter diesen Gegebenheiten an Einfluss, der Neoliberalismus als politische Entsprechung der ökonomischen und technologischen Umbrüche feierte nahezu weltweit Siegeszüge. Neoliberale Politik treibt das Werk der gesellschaftlichen Spaltung und Umverteilung, teils selbst getrieben, weiter voran. Der Konzentration von Macht und Kapital und ihren neuen digitalen Werkzeugen stehen also Individualisierung, Spaltung und neue Abhängigkeiten gegenüber.

Als Beispiel für staatliches Handeln, das diesen Herausforderungen nicht annähernd gerecht wird, sei hier die Digitalisierungsstrategie der Bundesregierung genannt. Ihre Schwäche liegt darin, dass sie einseitig auf die technologische Forcierung von Künstlicher Intelligenz mit Breitbandzugang und autonomer Mobilität setzt. Daten- und Verbraucherschutz, vor allem aber die Perspektive der Arbeitswelt sortiert man hier in die nachgeordnete Kategorie der Akzeptanzwerbung für eine digitale Zukunft. Zwar taucht das Wort „Gestaltung“ immer wieder auf, vor allem wenn begründet werden soll, weshalb wir technologisch nicht in Abhängigkeit von den USA und China geraten sollten. Jenseits der Proklamation europäischer Werte finden sich jedoch nur wenig echte Gestaltungsansätze. Gestaltung würde etwa der Frage nachgehen, wie die Verluste

und Zuwächse an Arbeitsplätzen nicht nur ein mathematisches Nullsummenspiel sein könnten, sondern wie konkreten Beschäftigten konkrete Arbeitsplätze gesichert oder für sie geschaffen werden können.

Die Förderung der technologischen Entwicklung ist dem deutschen Staat auf Bundesebene fünf Milliarden Euro wert. Die Förderung von Arbeitsforschung, Erziehungs- und Lehrpersonal, die wissenschaftlich fundierte Untersuchung von Verteilungsaspekten beispielsweise im Rahmen der Reichtums- und Armutsberichterstattung, Ressourcenschonung, Qualifizierung und alles, was unmittelbar den wirtschaftlich Schwächeren dienen könnte, fällt dabei kaum ins Gewicht.

Die fünf Milliarden werden also eher auf den Konten der weniger Bedürftigen landen.

## Wo muss sinnvolles Handeln ansetzen?

Wer Sinn, Erfüllung und Verwirklichung in seiner/ihrer Arbeit sucht, braucht ein möglichst hohes Maß an Selbstbestimmung, Mitwirkung und Mitbestimmung, individuell und kollektiv. Er und sie brauchen gleichzeitig eine gesicherte materielle Existenz, also ein angemessenes Arbeitseinkommen oder eine Lohnersatzleistung.

Nicht erst in den letzten drei Jahrzehnten konnten wir erleben, wie stark sinnvolle Arbeit, angemessener Lohn und gute, befriedigende Arbeit zusammenhängen. Nicht nur der DGB-Index „Gute Arbeit“ zeigt, dass gute Löhne, Gesundheit und Arbeitszufriedenheit ebenso miteinander einhergehen wie das Gegenteil in Form von Prekarität, gesundheitlichen Belastungen und Unzufriedenheit. Arbeit und Leistung werden von den Einkommen mehr und mehr entkoppelt. Galt es als Binsenweisheit, dass in entwickelten Industrieländern Armut ihre Ursache vor allem in Arbeitslosigkeit hat, so hat die Machtverschiebung zwischen Kapital und Arbeit und die Prekarisierung von Teilen des Arbeitsmarktes dazu geführt, dass es immer mehr *Armut in Arbeit* gibt. Konstant mehr als ein Fünftel der Beschäftigten in Deutschland lebt inzwischen in dieser Situation. Daran haben bisher weder der Beschäftigungsboom seit 2005 noch der aktuell häufig beklagte Fachkräftemangel etwas geändert. 40 Prozent aller Arbeitenden sind seit zwei Jahrzehnten von den Wachstums- und Produktivitätssteigerungen abgehängt. Deren Löhne stagnieren, während eine tariflich abgesicherte, dünner werdende mittlere Gruppe gerade noch mit dem allgemeinen Wachstum mithält und sich die Managervergütungen in astronomische Höhen bewegen.

Arbeit wird also für immer mehr Menschen ihres Sinns der Existenzsicherung durch ein angemessenes Einkommen als Anteil am Reichtum dieser Gesellschaft

beraubt. Das bedeutet nicht nur eine materielle Benachteiligung, sondern beeinflusst massiv das Alltags- und Selbstbewusstsein der Betroffenen und ihrer Familien.

Der Niedriglohnsektor, prekäre Lebensbedingungen und mangelhafte staatliche Sicherungssysteme strahlen in die gesamte Gesellschaft aus. Das Abhängen großer Bevölkerungsteile und Regionen löst zwangsläufig bei den anderen, vorerst weniger betroffenen Teilen der Gesellschaft Abstiegsängste aus. Wenn derzeit fast gebetsmühlenartig eine gespaltene und verunsicherte Gesellschaft beklagt wird, müssen die Ursachen benannt und Lösungen angegangen werden. Der erhobene Zeigefinger reicht nicht aus.

Nicht die Geflüchteten, Verfolgten, Migranten, Juden oder andere Minderheiten haben die Spaltung unserer Gesellschaft herbeigeführt. Unterschiedliche Teile unserer Gesellschaft haben unterschiedlich auf den seit 2015 verstärkten Zustrom von Zuwandernden reagiert und die Spaltungen offengelegt. Offensichtlich traf die Zuwanderung auf polarisierte Lebensverhältnisse und Bewusstseinsformen, die viel mit der Einkommens- und Wohnsituation, der Bildung und dem Sicherheitsgefühl zu tun haben. Wie zahlreiche qualitative Untersuchungen zeigen, hängt die Einstellung gegenüber Geflüchteten nur am Rande von deren konkret erfahrbarem Vorhandensein ab, sondern von bereits vorher vorhandener Frustration und Unsicherheit.

Der Schlüssel dafür liegt wiederum in der Arbeitswelt: Menschen in prekärer Arbeit, mit niedrigem Einkommen und demzufolge ungünstigen oder peripheren Wohnverhältnissen sind weitaus empfänglicher für Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus als bessergestellte und gut abgesicherte. Abstiegsängste machen auch Teile des selbständigen Mittelstandes und der klassischen Industriearbeiterschaft anfällig für rechtsextremes Denken und Wahlverhalten.

## Solidarische Arbeitsmarktpolitik

Wir werden die Spaltung der Gesellschaft nur überwinden, wenn wir die Spaltung in den Arbeitsverhältnissen überwinden. Konkret geht es um eine neue *Ordnung auf dem Arbeitsmarkt*, die auch in Zeiten der Digitalisierung wirkt, also eine Ordnung, auf der wieder *Solidarität* gedeihen kann.

Zunächst muss es darum gehen, dass jeder Lohn für eine in Vollzeit beschäftigte Person vor Armut schützt, auch in der Form, dass die daraus abgeleiteten Lohnersatzleistungen bis hin zur Rente oberhalb der Grundsicherung liegen. In Zahlen ausgedrückt wäre das aktuell ein Mindestlohn von mehr als 12€ pro Stunde

ohne jede Ausnahme, ohne Verrechnungsmöglichkeit und ohne Arbeitszeitverlängerung.

Gleichzeitig gilt es, sämtliche Formen prekärer Arbeit radikal einzuschränken, also Leiharbeit (soweit sie denn sein muss) ab der ersten Stunde zu gleichen Bedingungen zu garantieren, Dienst- und Werkverträge mit wenigen, klaren und kontrollierbaren Kriterien von abhängiger Beschäftigung abzugrenzen und sozial abzusichern, Plattformarbeit und Cloudworking gesetzlich als abhängige Beschäftigung zu definieren, sowie befristete Arbeitsverhältnisse auf den Kern des Notwendigen einzugrenzen, also sachgrundlose Befristung abzuschaffen und Befristungsgründe zu reduzieren.

Die Systeme der Arbeitslosenversicherung sind zu einer *Arbeitsversicherung* zusammenzufassen. Das Arbeitslosengeld I muss die tragende Säule werden. Es muss leichter werden, durch Beiträge in dieses System zu kommen, langjährige Beitragszeiten, müssen zu Leistungsbezug von mehr als einem Jahr analog zur Dauer der bisherigen Beschäftigung berechtigen, Rechte auf hochwertige Qualifizierung garantieren. Qualifizierungszeiten dürfen nicht auf die Bezugsdauer angerechnet werden.

Arbeitslosengeld II ist, wie übrigens ursprünglich geplant, von der Grundsicherung, also der Sozialhilfe, zu unterscheiden. Wer dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht, dafür Verpflichtungen hat, oftmals auch arbeitet, darf nicht auf Grundsicherungsniveau landen, sondern muss Zugang zu Qualifizierung, zu öffentlich geförderter Beschäftigung, zu den notwendigen Unterstützungen für eine Reintegration in die Arbeitswelt haben. Die Angst vor Vermögensverlust muss ebenso vom Tisch wie der Zwang, jede Arbeit anzunehmen. Als zumutbar darf nur noch tariflich abgesicherte bzw. zu ortsüblichen Bedingungen geregelte, nicht prekäre Arbeit gelten. Das Konzept der Bedarfsgemeinschaft mit gegenseitiger Einkommens- und Vermögensanrechnung entwertet Arbeitsleistung, untergräbt partnerschaftlichen Zusammenhalt und zementiert Armutsbiografien. Es ist deshalb durch eine individuelle Betrachtung zu ersetzen.

Die Grundsicherung selbst muss ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Deshalb sind die Bedarfssätze im Sinne der Wohlfahrtsverbände weiterzuentwickeln und eine eigenständige Kindergrundsicherung einzuführen.

Das System der Arbeitsversicherung wie alle Systeme der gesetzlichen Sozialversicherungen sollten auch weiterhin auf dem Faktor Arbeit aufbauen. Jede Form von bedingungslosem Grundeinkommen beruht zu 100 Prozent auf staatlicher Zuteilung und schafft neue Ungerechtigkeiten, zumal es sich nicht an Bedarfen orientiert. Wenn es eine bedarfsdeckende Grundsicherung sein soll, ist es vollends unfinanzierbar – wenn es weniger sein soll, ist es nicht menschenwürdig, da es alle sozialen Leistungen ersetzen soll. Es entwertet die Arbeit derjenigen, die

es finanzieren sollen, durch immense Steuern oder Abgaben. Es gaukelt der Gesellschaft eine soziale Gewissensleistung vor, die in Wirklichkeit eine Stilllegungs- und Stillhalteprämie für die Verliererinnen und Verlierer von Globalisierung, Digitalisierung und Finanzkapitalismus darstellt. An den Macht- und Verteilungsverhältnissen ändert das sog. Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) nichts. Den Kampf um die humane Gestaltung von Arbeit hat man aufgegeben, wenn man davon ausgeht, dass Arbeit ohnehin immer weniger und unwichtiger wird. Wo aber das Geld, die Wertschöpfung, herkommen soll, wenn immer weniger Menschen arbeiten, verrät man uns nicht.

Die genannten Ordnungsmaßnahmen auf dem Arbeitsmarkt stellen jedoch bestenfalls einen notwendigen Rahmen gegen die weitere Ausfransung und Prekarisierung des Arbeitsmarktes dar. Für die Herstellung von Würde und Sinn von Arbeit reicht das bei weitem nicht aus. Die Dynamiken des Arbeitsmarktes erfordern gesetzliche Regelungen zur *Stärkung des Flächentarifvertrages* und der Verhandlungsposition der Gewerkschaften. Nur noch weniger als die Hälfte aller Beschäftigten wird noch von einem Tarifvertrag geschützt. Deshalb gilt es die Allgemeinverbindlichkeit effektiv zu erleichtern, Tariffucht durch Outsourcing, OT-Mitgliedschaft (Ohne-Tarif-Mitgliedschaften in den Arbeitgeberverbänden) im bzw. den Austritt aus dem Arbeitgeberverband, auch bei betrieblichen Umstrukturierungen, zu erschweren. Das geht vor allem durch Nachwirkungsregelungen. Ferner brauchen die Gewerkschaften *Verbandsklagerechte* bei Verstößen gegen gesetzliche Regelungen und wirksameren Schutz und härtere Sanktionen gegen das um sich greifende Union-Busting, also das systematische Mobbing gegen Gewerkschaften und Betriebsräte. Auch im Arbeitsleben darf es keine rechtsfreien Räume geben.

Bis hierher ging es um die Rahmenbedingungen von Arbeit. Sie neu zu gestalten kann Druck und Erpressungspotential von den Beschäftigten nehmen und mehr Sicherheit schaffen. Wer meint, dies alles bliebe eher wirkungslos, sollte sich die Geschichte der Deregulierung der Arbeitsmärkte in Deutschland und anderswo anschauen. In der Summe von ökonomischem Strukturwandel und neoliberaler Politik wurden Gewerkschaften und Beschäftigte schrittweise so entmachtet, dass auch durch noch so engagierte Gegenwehr – wenn es sie denn gab – der gewerkschaftliche Einfluss insgesamt abnahm. Dies wiederum führt in einem Teufelskreis nicht zu Mitgliederzuwachs und Kampfbereitschaft, sondern eher zu Resignation. Trotz widriger Bedingungen haben es die DGB-Gewerkschaften in den Tarifaueinandersetzungen der letzten Jahre geschafft, in den von ihnen noch organisierten Bereichen innovative und volumenmäßig erfolgreiche Abschlüsse durchzusetzen. Vor allem konnten sie ihre vorherrschende Stellung in der betrieblichen Interessenvertretung behaupten. Die noch geregelten Branchen drohen jedoch zu Inseln im weiten gewerkschaftsfreien Meer zu werden.

# Arbeit gestalten

Ein „Erfolg“ der Deregulierung der Arbeitsmärkte unter dem Motto „sozial ist, was Arbeit schafft“ und der Defensivposition der Arbeitnehmerschaft, der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie besteht darin, dass *die Arbeit selbst* weitgehend aus dem Blickfeld der öffentlichen Aufmerksamkeit, aber erst recht der kollektiven und politischen Gestaltung geriet. Arbeitsinhalte, Leistungsdruck und Leistungsverdichtung, Stress, Mobbing, Konkurrenzdruck, Stress, Entgrenzung von Arbeit und Freizeit, zunehmende psychische Erkrankungen, Erwerbsminderung, das sind nur einige Schlagworte aus einer entmenschlichten Arbeitswelt. Wir kennen das vom Hörensagen, aus dem alltäglichen Erleben, aus den Statistiken der Kranken- und Rentenversicherung. Woran es nach dreißig Jahren Kompetenzverlust, Lehrstuhl- und Stellenabbau in Wissenschaft und Forschung und einer einseitig kapitalorientierten Betriebswirtschaftslehre (an deren Ende Hochschulabsolventen noch nie etwas vom Betriebsverfassungsgesetz gehört haben wollen) weitestgehend fehlt, sind fundierte und vor allem einer breiten gesellschaftlichen Debatte unterzogene Kenntnisse über den tatsächlichen und zu erwartenden Wandel der Arbeitswelt, seine Auswirkungen auf den Menschen und die betrieblichen und politischen Handlungsbedarfe.

Zunächst geht es hier um den *Arbeits- und Gesundheitsschutz*.

Ein großer Teil schon der jüngeren ArbeitnehmerInnen glaubt nicht daran, das gesetzliche Rentenalter gesund und in Arbeit erreichen zu können. Viele Beschäftigte über 50 suchen nach einem Ausstieg aus dem Beruf. Manche problembewussten Arbeitgeber bieten kompensatorisch Fitness und Entspannung im Betrieb an. Betriebliches Eingliederungsmanagement gehört eigentlich zum Pflichtenkatalog. Dennoch: von einer präventiv ausgerichteten, flächendeckenden, verbindlichen Strategie einer Humanisierung 4.0 hört man jenseits einschlägiger Fachtagungen wenig.

Symptomatisch hierfür ist die *Arbeitszeitdebatte*.

Angesichts von Arbeitsverdichtung, Stress und zu erwartenden Produktivitätsfortschritten wäre eine gleichmäßigere Verteilung von Arbeitszeit angesagt. Teilzeitbeschäftigte (vor allem Frauen) wollen länger, Vollzeitbeschäftigte kürzer arbeiten. Das kann uns kaum wundern, gibt es doch auch bei den Arbeitszeiten eine starke Polarisierung: Vollzeit wird immer länger (durchschnittlich schon jetzt über 43 Stunden in der Woche), Teilzeit immer kürzer (16 Stunden). Der Trend geht also in Richtung 35-Stunden-Woche, wenn es nach den Menschen geht. Dort, wo Gewerkschaften mit neuen Tarifverträgen ein Wahlrecht zwischen Arbeitszeit und Geld geschaffen haben, entscheiden sich erstaunlich viele Beschäftigte für mehr Freizeit. Politisch sind eher die Arbeitgeberverbände in der Offensive. Sie streben weitere Flexibilisierungen auf

gesetzlicher Basis an: sie wollen die täglichen Mindestruhezeiten zugunsten flexibler Wochenarbeitszeiten abbauen. Klar erkennbar ist hier auch der Wunsch nach ständiger Erreichbarkeit der Beschäftigten. Am Ende geht es auch hier um die Machtfrage, wer über die Zeit der Menschen verfügt, aber auch wer sie kontrolliert. Zeiten der Digitalisierung zentralisieren die Kontrolle zunächst bei demjenigen, bei dem die Daten zusammenlaufen. Spätestens hier kommt der Ruf nach mehr Mitbestimmung auch in dieser Frage.

Die Nutzung künstlicher Intelligenz und der Chancen der Digitalisierung benötigt weiterhin menschliche Arbeit. Die ArbeitnehmerInnen müssen dazu befähigt werden, auch um selbst die Technik zu beherrschen anstatt von ihr beherrscht zu werden. Dazu braucht man *neue Qualifikationen*, die nicht nur von der nachwachsenden Generation kommen können, sondern die auch von den gegenwärtig Beschäftigten angeeignet werden müssen. Die laute Klage der Arbeitgeber über den Fachkräftemangel, vor allem in den sogenannten MINT-Fächern, dokumentiert die schweren Versäumnisse der Vergangenheit und markiert den enormen Handlungsbedarf in Gegenwart und Zukunft. Da es sich allmählich herumspricht, dass der in vielen Bereichen diagnostizierte Personalmangel nicht einfach mit Zuwanderung bekämpft werden kann, ist eine „*Qualifizierungsoffensive*“ in aller Munde. Es wird höchste Zeit, diese Offensive aus dem Nebel der pflichtgemäßen Digitalisierungsrhetorik auf den Boden einer umfassenden Handlungsperspektive zu holen.

Dabei geht es sowohl um die *Reform des staatlichen Bildungssystems* und auch der staatlichen Arbeitsmarktpolitik (ansatzweise erkannt in der derzeitigen Debatte um das Ende der Kooperationsverbote im Grundgesetz und im Qualifizierungschancengesetz). Wir müssen jedoch auch die duale Berufsausbildung und die betriebliche Weiterbildung stärker in den Blick nehmen. Die *duale Ausbildung* muss attraktiver, qualitätsgesichert, breiter angelegt (Erweiterung auf bisher fachschulische Ausbildungen), um Weiterbildung erweitert und mit weiterführenden Ausbildungen besser verzahnt werden.

Die *betriebliche Weiterbildung* kann keine Privatveranstaltung der Unternehmen bleiben. Zwar haben zahlreiche, vor allem große Unternehmen die Anstrengungen für die Deckung ihres Bedarfs an Fach- und Führungskräften erhöht. Wir brauchen aber ein flächendeckendes System der Weiterbildung für alle Menschen. Da geht es zunächst um Transparenz, Vergleichbarkeit von Lehrgängen, Zertifizierung in einer bisher unüberschaubaren privat organisierten Trägerlandschaft. Da geht es aber vor allem um Rechtsansprüche auf Weiterbildung für alle Beschäftigten und in Verbindung damit um eine gesetzliche Finanzierung, die es auch kleineren und mittleren Betrieben ermöglicht, mit ihren Beschäftigten an diesem System teilzunehmen.

Einhaltung gesetzlicher und tariflicher Vorschriften, Arbeits- und Gesundheitsschutz, flexible Arbeitszeiten, Qualifizierung... alles das kann nur auf

betrieblicher Ebene konkretisiert und umgesetzt werden. Deshalb gehört die **Demokratisierung der Wirtschaft** auf die Tagesordnung. Zwar gibt es in Deutschland rund 180 000 betriebliche Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter, aber das vielgefeierte Sozialpartnerschaftsmodell befindet sich auf dem Rückzug. Nur noch eine Minderheit der Beschäftigten wird durch einen Betriebsrat vertreten. Erleichterte Wahlverfahren, bessere und früher ansetzende Schutzmechanismen für Betriebsratsgründer, schärfere Sanktionen gegen Union-Busting (systematische Bekämpfung, Unterdrückung und Sabotage von Arbeitnehmervertretungen und Gewerkschaften). Wir brauchen mehr mitbestimmungspflichtige Tatbestände vor allem bei wirtschaftlichen Entscheidungen, das Ende von Ausnahmen wie im Bereich der Kirchen – all das muss dazu führen, dass eine Betriebs-, Personal-, Auszubildenden- und Schwerbehindertenvertretung in allen Betrieben, Verwaltungen und Einrichtungen zum Normalfall wird.

Die Flucht aus der Mitbestimmung im Aufsichtsrat durch Rechtsformänderung ist zu unterbinden und **paritätische Mitbestimmung** mindestens ab 1000 Beschäftigten sicherzustellen. Wir sollten auch eine neue Offensive für die echte paritätische Mitbestimmung nach dem Montanmodell beginnen. Was früher die Macht der Kohle- und Stahlindustrie war, sind heute in viel höherem Maße die globalen Finanz- und Internetkonzerne, die DAX-30-Unternehmen und die IT-basierten Plattformen. Sie bedürfen nicht nur der datenschutz-, kartell- und steuerrechtlichen Kontrolle, sondern auch der Mitbestimmung ihrer Belegschaften.

Deshalb müssen wir die Mitbestimmung aus der Ecke der Funktionärsthemen holen und sie zu einer Frage der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um Macht und Gegenmacht machen.

Die weltweiten ökologischen Krisen, der Klimawandel und die Endlichkeit der Ressourcen zwingen zu einem Umbau der industriellen Produktion. Die Notwendigkeit dieser **umfassenden ökonomischen Transformation** zeigt sich derzeit in Deutschland am stärksten in den Bereichen Mobilität und Energie. Es besteht die Gefahr, dass diese Transformationen auf dem Rücken der in diesen Bereichen Beschäftigten ausgetragen werden. So verlief die Energiewende nicht gerade als Musterbeispiel für sozial-ökologischen Umbau. Tariflich geregelte Arbeit mit ordentlichen Bedingungen wurde vielfach ersetzt durch neu entstandene Unternehmen und Branchen, in denen man von Sozialpartnerschaft nicht viel wissen wollte.

Wirtschaftsdemokratie bedeutet daher auch, die Debatte um Arbeit und Umwelt, um das „Was“ und „Wie“, den Sinn und Unsinn von Produktion und Dienstleistung, wieder aufzunehmen. Notwendig sind dafür Institutionen und Instrumente, die den Betroffenen angemessene Arbeitsbedingungen ebenso wie belastbare Mitbestimmungsrechte sichern und sie zu Subjekten von Innovationsprozessen werden lassen.

Arbeit als Quelle unseres Wohlstands muss ein menschenwürdiges Leben für alle sichern, auch für die, die – aus welchen Gründen auch immer – noch nicht oder nicht (mehr) arbeiten können. Bildung, Pflege, Gesundheit, Rente sind sozialstaatliche Aufgaben. Alle Erfahrungen mit Privatisierung in diesen Bereichen, zeigen die Überlegenheit umlagefinanzierter gesetzlicher Regelungen. Wer gerade in Zeiten großer Umbrüche von den Menschen Flexibilität, Innovationsbereitschaft, Bildung und Motivation erwartet, muss **soziale Sicherheit** gewährleisten. Deshalb brauchen wir eine armutsfeste, lebensstandardsichernde gesetzliche Rente ebenso wie eine sozialstaatliche Absicherung des Pflegerisikos und ein Gesundheitswesen, das ohne private Zuzahlungen allen Menschen Leistungen nach dem jeweiligen Stand der Wissenschaft und Technik gewährt. Instrumente hierfür sind die *Erwerbstätigenversicherung* bei der Rente, in die alle Erwerbstätigen entsprechend ihrem Einkommen einzahlen, sowie die *Bürgerversicherung* bei Gesundheit und Pflege. Um die Beiträge zu diesen Systemen in Grenzen zu halten, beitragsungedekte, aber gesellschaftlich notwendige Ausgaben zu finanzieren und die Bewältigung des demografischen Wandels nicht allein beim Faktor Arbeit abzuladen, benötigen wir höhere Zuschüsse aus Steuermitteln.

In Zeiten des globalen Steuerwettbewerbs, neoliberaler Umverteilung von unten und aus der Mitte nach oben, restriktiver Haushaltspolitik der schwarzen Nullen und des schlanken Staates wurden schon seit den 80er Jahren die öffentlichen Infrastrukturen und der Faktor Arbeit auf Verschleiß gefahren. Was beim Faktor Arbeit nur schwer messbar ist – Stichworte: unterbliebene und mangelhafte Bildung, Personalmangel im öffentlichen Dienst – lässt sich beim Faktor Infrastruktur zumindest insofern messen, als dass die Abschreibungen bei öffentlichen Gebäuden, Verkehrsnetzen, Ver- und Entsorgung usw. signifikant höher lagen als die Investitionen. Dabei sind die Privatisierungssorgien bei Bahn, Post, Telekommunikation, Krankenhäusern und Treuhandvermögen noch gar nicht berücksichtigt.

Deutschland liegt im internationalen Vergleich der Industrieländer sehr weit zurück und erreicht bei weitem die vorgegebene Drei-Prozent-Quote für öffentliche Investitionen nicht. Die Früchte dieser Versäumnisse ernten wir jetzt: marode öffentliche Gebäude, überlastete Verkehrsnetze, Investitionsblockade bei den digitalen und energetischen Netzen, fehlende Planungs- und Umsetzungskapazitäten in den Behörden, schlechte Ausstattung der öffentlichen Verwaltungen.

Die Mängel an staatlicher Daseinsvorsorge und bei der Infrastruktur treffen nicht alle Bevölkerungsgruppen gleich. ArbeitnehmerInnen, wirtschaftlich schlechter gestellte und eher an der Peripherie lebende Menschen sind in wesentlich höherem Maße auf solche Angebote angewiesen. Finanzkräftige Personenkreise können sich das meiste privat erwerben, von Bildung über Mobilität bis hin zu attraktivem

Wohnraum. **Öffentliche Investitionen und Daseinsvorsorge** sind aber nicht nur eine Frage von Gerechtigkeit. Sie liegen im wirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Interesse, um Arbeit effizienter einsetzen zu können und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schonen.

Die genannten Maßnahmen erfordern auf allen staatlichen Ebenen höhere Einnahmen. Eine neue, **Steuerpolitik** muss also diese Mehreinnahmen durch neue Steuergesetze und wirksameren Vollzug erbringen und gleichzeitig die Belastungen umschichten. Die Vorschläge sind altbekannt, aber deshalb nicht weniger richtig: Abflachung der Einkommensteuerprogression im Eingangsbereich, später einsetzender, aber höher ansteigender Spitzensteuersatz, Wiedererhebung von Vermögenssteuer und wirksamere Erbschaftsbesteuerung, umfassende Finanztransaktionssteuer, in sich schlüssige Neukonzeption des Dreiecks Minijob – Ehegattensplitting – Familienmitversicherung bei der Krankenkasse. Letzteres hat zum Ziel, dass bei ordentlichen Erwerbseinkommen keine Nachteile für die Familie entstehen, wenn beide Partner Erwerbsarbeit leisten.

Die Machtfrage stellt sich uns auch auf internationaler Ebene. Auf nationaler Ebene allein sind gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit nicht mehr durchsetzbar. Wer den Menschen etwas anderes vorgaukelt, täuscht sie über die realen Macht- und Produktionsverhältnisse. Den „Amazons“, „Googles“, „Blackrocks“, und „Siemens2 kann man auf nationaler Ebene nicht mehr auf Augenhöhe entgegentreten.

An der Steuerpolitik zeigt sich besonders deutlich, dass die öffentlichen Hände überall an Handlungsfähigkeit gewinnen müssen, wenn ein Mindestmaß an Gerechtigkeit erreicht werden soll. International agierende Unternehmen und Anleger können sich derzeit – teilweise auch legal – einer angemessenen Besteuerung entziehen, während kleinere Unternehmen, die Arbeitenden und die Verbraucherinnen und Verbraucher der Besteuerung auf nationaler Ebene unterworfen sind.

Auch Lohn- und Sozialdumping lassen sich auf nationaler Ebene nicht bekämpfen, ebenso wenig Finanz- und Konjunkturkrisen. Die Europäische Union ist zwar nicht die Lösung an sich, kann und muss aber eine wichtigere und wirksamere Handlungsebene werden. Zunächst muss sie aufhören, sich als europäische Agentur zur Durchsetzung neoliberaler Wirtschafts- und Finanzpolitik zu verstehen. Sie muss sich dem oftmals von ihr selbst propagierten Sozialmodell verpflichten und die „soziale Säule“ aufbauen. Vor allem geht es darum, nationale Politiken im Sinne der Bevölkerungsmehrheiten nicht zu konterkarieren, sondern zu flankieren. Soziale Mindeststandards, einheitliche Kapitalbesteuerung, transnationale Investitionen, Wirtschaftsdemokratie und eine an sozialen und ökologischen Kriterien orientierte Handelspolitik sind einige Stichworte hierfür.

Wer Politik aus der Perspektive von Arbeit machen will, muss dafür sorgen, dass die öffentliche Debatte und die politischen Akteure und Akteurinnen diese Perspektive wieder stärker einnehmen. Davon sind wir derzeit weit entfernt. Der Arbeitsbereich ist nicht nur eine Blackbox in den Talkshows, sondern auch in den Zukunftsdebatten aller Parteien. Die „hart arbeitenden Menschen“ tauchen bestenfalls dort auf, wo es darum geht, sie gegen noch schlechter gestellte Personengruppen wie Langzeitarbeitslose oder Migranten auszuspielen.

Wer die Machtfrage stellen will, braucht auch das Personal in Gewerkschaften, Verbänden, Medien und in den politischen Parteien dafür. Redaktionsstuben und Parteien sind aktuell praktisch frei von den Arbeitserfahrungen der Mehrheit der Beschäftigten. Es muss daher nicht verwundern, dass sich große Teile der Bevölkerung nicht mehr in unserer repräsentativen Demokratie repräsentiert fühlen. Der gegenwärtige Trend in den innerparteilichen Diskussionen und Personalentscheidungen verstärkt diese Schieflage. Als Hoffnungsträger für die Zukunft etablieren sich hier unter dem Label der Verjüngung hauptsächlich Langzeitstudierende, die eine lebenslange Laufbahn als Berufspolitiker anstreben. Daraus erwachsen Glaubwürdigkeitsdefizite und Misstrauen, gerade vor dem Hintergrund der Vorherrschaft neoliberaler Politikkonzepte. Dieser Mangel an Vertrauen berührt sehr stark das Verhältnis zum politischen System, zu Demokratie, Rechtsstaat und Freiheit. Er schafft Raum für Spalter und Hetzer.

**Zugespitzt heißt das: wer nicht über Arbeit reden will, wer die Arbeitswelt nicht solidarisch gestalten will, gefährdet unser Zusammenleben und die Demokratie.**

# Wirtschaftsdemokratie ist aktueller denn je

---

Von: **Gerhard Endres** (*Freier Journalist, Berufsschullehrer und Theologe, München*)

## Vorbemerkung:

Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie sind Themen, die den Autor seit seiner ehrenamtlichen Bildungsarbeit bei der DGB-Jugend (Stufe I und Stufe II) und den daraus folgenden Diskussionen über eine gerechte Wirtschaftsordnung begleiten. In der DGB-Jugend diskutierten wir auch wie die Herrschaft des Kapitals zumindest eingedämmt, vielleicht sogar überwunden werden kann. Mit dem Erscheinen der Sozialzyklika *Laborem Exercens* (über die menschliche Arbeit) von Papst Johannes Paul II kam diese Diskussion auch intensiver in den christlichen Gruppen, die sich mit der katholischen Soziallehre und der christlichen Sozialethik befassten, an. Betriebsseelsorger und KAB suchten intensiven Kontakt zu Gewerkschaften und Betriebsräten, Arbeitskreise Kirche/Gewerkschaften entstanden, immer orientiert an den Interessen der Arbeitnehmer.

Die Entfremdung des Menschen in einer vom Kapital geprägten Wirtschaftsordnung sollte aus der Sicht des Autors durch eine sinnerfüllte Arbeits- und Gesellschaftsordnung überwunden werden, orientiert am Menschen, der Natur, Umwelt und der Gesellschaft. Ein zentraler Aspekt jeder „Weiterentwicklung“ einer Wirtschaftsordnung ist die umfassende fachliche, soziale und gesellschaftsethische Aus- und Weiterbildung der Menschen in einem gemeinsamen erfahrungsorientierten, an den gesellschaftlichen Realitäten reflektiertem Prozess. Jede „Demokratisierung“ der Wirtschaft erfordert qualifizierte, entscheidungsfähige Menschen. Schwierigkeiten, Fehler und Konflikte sind im politischen Diskurs Teil des Lebens und natürlich auch jeder politischen Veränderung. Jeder Mensch sollte dabei geachtet und respektiert werden auf der Grundlage unseres Grundgesetzes und jeder humanen Gesellschaft. Nochmal: Ohne umfassende Ausbildung und Weiterbildung wird sich auch keine „echte“ Wirtschaftsdemokratie entwickeln.

Nach dem Erscheinen der Sozialzyklika *Laborem Exercens* wurde über 20 Jahre lang jedes Jahr unter der Beteiligung des Autors bei den Heppenheimer Soziallehretagen über das Thema „Vorrang der Arbeit vor dem Kapital“ mit Vertretern unterschiedlichster Interessen und politischer Biographien zu diesem Thema diskutiert und gestritten.

Dieser Text kann nur eine Momentaufnahme sein., **der nicht beansprucht, das Konzept für die Zukunft der Wirtschaftsdemokratie entwickelt zu haben.** Der

Autor sammelt verschiedene Aspekte zu dem Thema, da z.B. die Rolle aggressiver Hedgefonds gerade angesichts aktueller Beispiele noch einmal die Notwendigkeit des „Einflusses“ über ein wie auch immer definiertes „Eigentum“ an den Produktionsmitteln zeigt. Gemeinsames gesellschaftspolitisches Handeln ist angesagt.

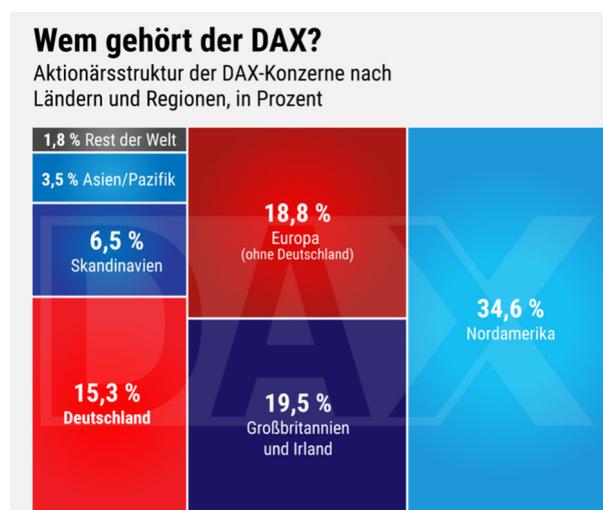
**Die Verantwortung des Textes liegt allein beim Autor, der weder mit der KAB noch mit einer Gewerkschaft abgestimmt ist. Eine weiterführende Diskussion und natürlich auch Kritik ist ausdrücklich erwünscht, gerade auch wie die Aus- und Weiterbildung unter den jetzigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gelingt.**

## Hinführung:

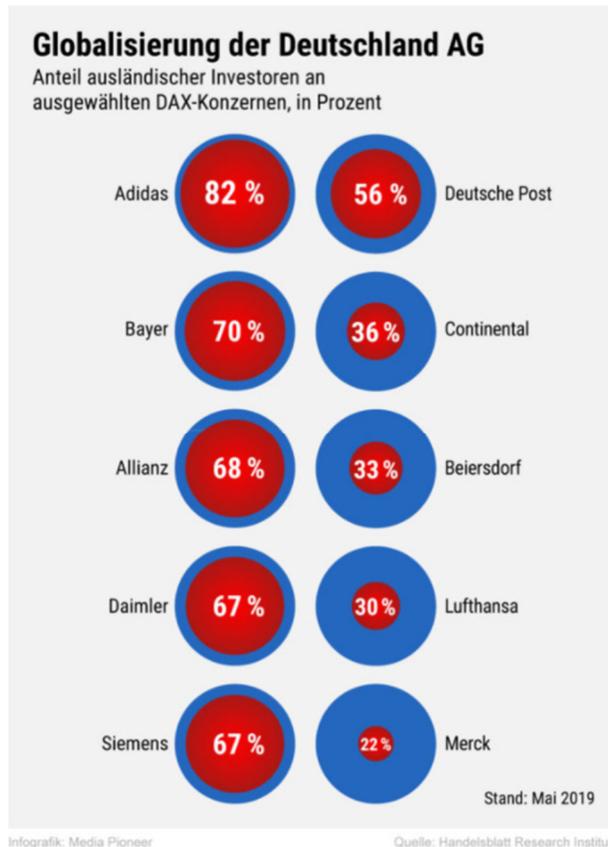
Im Dreischritt **Sehen-Urteilen-Handeln** soll das Thema „Wirtschaftsdemokratie“ angerissen werden, wohl wissend, dass dies im Rahmen der Ausgabe von denk-doch-mal.de nur ein erster Diskussionsanstoß sein kann. Anschließend wird im Hauptteil wieder im Dreischritt Sehen-Urteilen-Handeln ausführlicher das Thema ausgeführt.

## Impuls 1 „Sehen“: Wem gehört der DAX?

Wer ist Eigentümer der Unternehmen? Tibor Steingart (früher Herausgeber des Handelsblatts) jetzt Herausgeber von Tibor Steingarts Morning Briefing mit Podcast (100.000 Abos) stellt die aktuelle Eigentümerstruktur der größten börsennotierten Unternehmen dar:



Grafik: Steingarts Morning Briefing



*Grafik: Steingarts Morning Briefing*

Ergebnis: 54,1% der Eigentümer an den 30 größten an der Börse notierten Unternehmen haben einen angelsächsischen Wohnort, 18,3% sind aus Europa und 15,3% sind aus Deutschland. In Deutschland gibt es zumindest noch die Idee einer sozialen Marktwirtschaft und einen Konsens über ein paar wirtschafts-demokratische Leitlinien (Mitbestimmung, Sozialpartnerschaft etc.). Diese Vorstellungen sind in angelsächsisch geprägten Gesellschaften Angelsachsen eher fremd, wie der Widerstand amerikanischer Bundesstaaten gegen Gewerkschaften und Betriebsräte in deutschen Unternehmen zeigt. Einige Großunternehmen sind nicht im DAX gelistet, weil sie keine Aktiengesellschaften sind. Firmenübernahmen werden immer aggressiver durchgeführt, wie u.a. das Beispiel KUKA zeigt. Kurzum: die in vieler Hinsicht unzureichende Mitbestimmung steht immer mehr unter Druck, vielen Arbeitnehmern in Unternehmen, die Betriebsräte wählen könnten, wird oft mit Hilfe einschlägiger Beratungsfirmen diese Möglichkeit genommen.

Meistens dürfen keine Betriebsräte wählen, da dies meist in diesen Unternehmen von den Unternehmensleitungen aus verschiedenen Gründen und unterschiedlichen Methoden eine Betriebsratswahl verhindert wird. Deutschland ist von einer umfassenden Wirtschaftsdemokratie noch weit entfernt.

## Impuls 2: „Urteilen“: Wo Marx Recht hat

Kardinal Reinhard Marx (Erzdiözese München und Freising) schrieb am 21. März 2018 in der Süddeutschen Zeitung: „Wo Marx recht hat“ und führte aus: „Die Lehre des Trierer Philosophen schien 1989 überholt. Doch die Aufgabe, den Kapitalismus zu zähmen bleibt“. Er schreibt weiter: „Im Grundgesetz schrieben die Verfassungsväter die Sätze: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“. Marx betont, dass bei „allen Unterschieden“, die katholische Soziallehre „bis heute ähnliche Interessen wie Karl Marx verfolge: soziale Ungerechtigkeit anprangern, Armen und Ausgebeuteten eine Stimme geben und ihnen zu ihrem Recht verhelfen.“ Im Jahr 1848, der Veröffentlichung des „Kommunistischen Manifests“ von Marx und Engels, „geißelte im Mainzer Dom Bischof Emmanuel von Ketteler die herrschende Eigentumsauffassung, den Egoismus vieler Besitzender und deren Kältherzigkeit gegenüber der Not der Arbeiterschaft“ so Kardinal Marx in der Süddeutschen Zeitung und weiter: „Nüchtern müssen wir feststellen, dass die Niederlage des Kommunismus vor 30 Jahren nur ein vermeintliches Happy End war. Die beschleunigten Möglichkeiten der Globalisierung haben dem nationalen Wohlfahrtsstaat seine Grenzen aufgezeigt, die Gewichte im Konflikt zwischen Arbeit und Kapital haben sich eindeutig zu Gunsten des Kapitals verschoben“ (Kardinal Marx). Er folgert: „Wirtschaft ist kein Selbstzweck, sondern hat den Menschen zu dienen“ Für den Kardinal „bleibt die große politische Aufgabe unserer Zeit, verbindliche globale Spielregeln für eine humane wirtschaftliche Ordnung zu vereinbaren und weltweit Institutionen zu etablieren, die für deren Umsetzung sorgen.“

## Impuls 3: „Handeln“: Finanz-und Bankenkrise: war da was?

Die Finanz-und Bankenkrise löste vor einigen Jahren vermehrte Diskussionen über eine grundsätzliche Veränderung der Koordinaten der Wirtschaft aus. Themen wie Wirtschaftslenkung, staatlicher Eingriff in die Wirtschaft, Sozialisierung, aber auch Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie wurden plötzlich wieder diskutiert. 2010/2011 veröffentlichte der VSA Verlag die Bücher „Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen“ und Helmut Martens „Neue Wirtschaftsdemokratie“ um nur zwei Titel zu erwähnen.

Oskar Negt beschrieb 2011 die Finanz-und Bankenkrise „als.... eine Krisensituation..., die nicht ohne Grund in Analogie zur Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre gesehen wird“. (Oskar Negt, Keine Demokratie ohne Wirtschaftsdemokratie, in: Meine et al. Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen, 2011, Seite 8) Seine Diagnose: „Ohne ein höheres Maß an Wirtschaftsdemokratie könnte am Ende die Zivilgesellschaft zerbrechen. Denn ein deregulierter

Finanzmarktkapitalismus ist ein zutiefst autoritäres Regime. Wo Marktgesetze herrschen, die gesellschaftlicher Einflussnahme explizit entzogen sind, ist allein das Kapital die bestimmende Kraft. Demokratisierung erfordert, den Warencharakter der Arbeit, ihrer Produkte und Eigentumsformen einzugrenzen. Mit der gesellschaftlich bestimmten »Einbettung« der Märkte und der Dekommodifizierung des sozialen Lebens beginnt Wirtschaftsdemokratie“. (Negt 2011, ebenda, Seite 9)

In den letzten Jahren mehrten sich die Versuche z.B. der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SP), sich ausführlicher dem Thema Wirtschaftsdemokratie zu widmen. 2019 veröffentlichte Hans-Jürgen Urban, Vorstandsmitglied der IG Metall, das Buch „Gute Arbeit in der Transformation“ in der er im Teil 5 die „Wirtschaftsdemokratie als Transformationshebel“ für die Entwicklung zu „guter Arbeit“ beschreibt. (Urban 2019, Seite 215)

## Hauptteil:

### Sehen

Spätestens seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 ist die Krisenanfälligkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems auch vielen Menschen klarer geworden. Oskar Negt analysiert 2011 kritisch, dass es „es an konkreten Diskussionsbeiträgen (fehlt), die eine Alternative zum Neoliberalismus und Finanzmarktkapitalismus aufzeigen. Es mangelt an publizierten Konzepten und Begriffen, die Alternativen zum Neoliberalismus anbieten. Weder den Gewerkschaften. Attac, der SPD, der LINKEN oder Bündnis 90/Die Grünen ist es gelungen, ein schlüssiges gesellschaftspolitisches Gegenmodell zu erarbeiten.“ In: (Meine/Stoffregen, Wirtschaftsdemokratie als gewerkschaftliche Alternative zum Finanzmarktkapitalismus in: (Negt 2011, Seite 17)) In Deutschland gibt es eine Mitwirkung der Betriebsräte in vielen Betrieben mit echter Mitentscheidung, manchmal mit (fast) gleichberechtigter Mitbestimmung. Das hängt nicht von der Gesetzeslage ab, sondern von den realen Machtverhältnissen im Betrieb. „Wirtschaftsdemokratie“ im vollen Sinne des Wortes würde bedeuten, dass wirklich Demokratie und gleichberechtigte Mitbestimmung von Arbeit und Kapital im Betrieb herrscht.

### **Mitbestimmung in Großbetrieben**

Eine starke Stütze der deutschen Mitbestimmung ist die Mitbestimmung in den großen Produktionsbetrieben. In den Großbetrieben der Automobil- und Chemieindustrie gibt es bei vielen Entscheidungen eine echte Mitwirkung der Betriebsräte, manchmal bis zur Mitentscheidung. Die Betriebsräte sind hier vielfach gefordert, manchmal auch schwierige Kompromisse zu vereinbaren, meist zum Vorteil der Arbeitnehmer. Die Gefahr der Verwischung des Profils als Betriebsräte, die gewerkschaftlich organisiert und kämpferisch für die Interessen

der Arbeitnehmer eintreten, ist latent vorhanden. Den Spagat zwischen kämpfereischer, kritischer arbeitnehmerorientierter Organisation auf der einen Seite und Co-Management auf der anderen Seite kann an seine Grenzen stoßen. Auch für engagierte Betriebsräte und Vertrauensleute ist es nicht immer einfach, möglichst viele Kollegen und Kolleginnen mit einzubeziehen, gerade in der globalisierten und digitalisierungsorientierten Wirtschaft. Viele wirtschaftliche Entscheidungen werden zentral und nicht immer unter Einbeziehung einer kompetenten und selbstbewussten Mitgliedschaft getroffen, Betriebsräte sind hier besonders gefordert.

In diesen Betrieben gibt es meist auch eine gute duale Berufsausbildung, die eben keine an kurzfristigen Verwertungsinteressen orientierte Ausbildung, also kein „Training on the job“, ist, sondern reflektierte breite Aus-Bildung. Der deutsche Facharbeiter, der mit seinem tiefen und breitem fachlichen Können auch ein persönliches Selbstbewusstsein im Laufe seines Arbeitslebens entwickelt, weiß um seinen, auch ökonomischen Wert für ein Unternehmen. Im ökonomisch starken „Tüftlerland“ Baden-Württemberg wurden viele wichtige Arbeitskämpfe von der IG Metall erfolgreich geführt. Die duale Berufsausbildung ist daher für die Gewerkschaften ein wichtiger Zugang und Organisationsort für neue Mitglieder. Gute aktive Jugendvertreter haben Einfluss im Betriebsrat, gerade wenn es Ihnen gelingt, viele neue junge Mitglieder zu gewinnen und sie von Anfang über eine aktive Mitwirkung, kreative Aktionen und eine aktive Jugendvertretung im Betrieb zu integrieren und in der betrieblichen Wirklichkeit zu sozialisieren.

Die deutsche Automobilindustrie ist mehrheitlich faktisch in Familienbesitz VW (mit 12 Marken) und BMW, nur Opel gehört zu einem anderen Konzern, auch viele mittelständige Unternehmen sind Inhaber geführt.

Anders sieht es bei den 30 DAX-Unternehmen aus. Hier ist u.a. Blackrock, einer der weltweit führenden Investmentfonds, an allen 30 DAX-Unternehmen beteiligt. Ehemals zukunftsorientierte und sozialpartnerschaftlich geführte Unternehmen sind mittlerweile im mehrheitlichen Einflussbereich von Hedgefonds, die häufig an eher kurzfristiger Rendite interessiert sind, wie die Eingangsgraphiken zeigen.

### **Auch in größeren Betrieben sind Betriebsräte nicht die Regel**

In größeren Betrieben, vor allem in den Zukunftsbranchen, gibt es nicht wenige Betriebe, die keine oder nur relativ einflusslose Betriebsräte haben. Im Dienstleistungsbereich, wie dem Handel, ist es schwierig einen Betriebsrat zu wählen. In den großen Einkaufstempeln ist die gewerkschaftliche Organisation oft sehr mühsam, da es oft kleinere Geschäftseinheiten mit 20-50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an einem Standort gibt. Bei einem Münchner Einkaufszentrum haben von den über 140 Geschäften nur wenige einen Betriebsrat, nur ein paar davon mit Kontakt zur Gewerkschaft Verdi. In anderen Einkaufszentren ist der

Organisationsgrad höher, aber die Lage ist trotzdem schwierig. Beispiel: In einem Textilgeschäft einer großen Modekette gab es vor einiger Zeit knapp 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, meistens Frauen, acht Vollzeit, der Rest Teilzeit. Durch eine Betriebsvereinbarung konnte der durchschnittliche stündliche Arbeitsumfang erhöht werden. Einige Mitarbeiterinnen erhalten auf sechs Monate befristete Verträge, zusätzlich gibt es Leiharbeiterinnen und -arbeitnehmer. Beim Streik vor einigen Jahren beteiligten sich 25 Arbeitnehmer. Knapp ein Drittel der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind bei der Gewerkschaft ver.di Mitglied. Unter diesen Bedingungen Mitwirkung oder Mitbestimmung zu erreichen oder gar zu erkämpfen, erscheint sehr langwierig schwierig.

## Urteilen

Viele Arbeitnehmer kennen in ihrem betrieblichen Alltag weder einen Betriebsrat noch eine Unternehmensmitbestimmung. Es gab eine Volksbewegung gegen das Rauchen, für die Abschaffung des Senats, der zweiten Kammer des bayerischen Landtags, und ein Volksbegehren für den Schutz der Bienen in Bayern. Das Volksbegehren gegen Pflegenotstand erhielt zwar die geforderte Zahl von Unterschriften, konnte aber keinen so breiten politischen Druck erzeugen, dass die Bayerische Staatsregierung das Volksbegehren für eine gesetzgebende Unterschriftensammlung zuließ.

Es gibt keinen öffentlichen politischen Druck, dass in allen Betrieben Mitwirkung und Mitbestimmung im Betrieb durch die Wahl von Betriebsräten eingeführt wird. Auch andere Themen werden aufgeregt in den Medien breit diskutiert, doch eine breite Kampagne der Zivilgesellschaft, z.B. „jeder Arbeitnehmer sollte in einer Gewerkschaft sein“, gibt es bisher nicht.

Begründungen für eine Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie gibt es traditionell in der sozialistischen Theorie, in den Gewerkschaften und sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien und sozialistischen Gruppierungen und Parteien und sowie in der christlichen Gesellschaftsethik. Die ursprünglich von den Päpsten mit entwickelte Katholische Soziallehre als Form der Positionierung des katholischen Lehramts in päpstlichen Lehrschreiben, genannt Sozialenzykliken, zeigt die Wertschätzung und die prominente Verortung der katholischen Soziallehre in der Katholischen Kirche.

### **Exkurs 1: Katholische Soziallehre: Laborismus**

Papst Johannes Paul II forderte in der Sozialenzyklika *Laborem Exercens* vom 14. September 1981 den Vorrang der Arbeit vor dem Kapital. Das Konzept des Laborismus, also dem Vorrang der Arbeit vor dem Kapital wurde von Monsignore Berchtold als Wirtschaftsmodell entwickelt. Damals war auch Bernhard Suttner,

der zeitweilige ÖDP Bundesvorsitzende an der Konzeption beteiligt, aber auch der Bund der katholischen Jugend (BDKJ), die Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB) und führende katholische Sozialethiker. Ein Ausfluss dieser Diskussionen war die breite Entwicklung eines gemeinsamen Wortes der christlichen Kirchen zur sozialen Lage in Deutschland. Ähnliche Diskussionen gab es auch in anderen Ländern u.a. Österreich.

Laborismus bedeutet den Vorrang der Arbeit vor dem Kapital, mit dem Ziel, dass die Arbeitnehmer vollständige Mitglieder eines Unternehmens werden mit Mitbestimmung, Mitverantwortung bis hin zu einer näheren Form von „Eigentümern“, ohne selbst Kapitalisten zu werden.

In diesem Konzept sind die Arbeitnehmer mit den Gewerkschaften ein wesentlicher Motor dieser Veränderung. Ob in diesem Konzept der Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital, d.h. zwischen Gewerkschaften, die die Interessen ihrer Mitglieder, der Arbeitnehmer, vertreten und Arbeitgeber die Interessen ihrer Mitglieder, d.h. in der Regel der Kapitaleseite, vertreten, aufgehoben werden kann, kann vom Autor nicht beantwortet werden.

Ein Kernstück der sozialen Marktwirtschaft ist die Tarifautonomie. Tarifverhandlungen können zu Streit führen bis hin zum Streik. Dies ist Teil der im Grundgesetz garantierten Freiheit der Sozialpartner.

Aktuelle Unterstützung für eine grundsätzliche Betrachtung unserer globalen Wirtschaftsweise und Wirtschaftsordnung kommt von Papst Franziskus in der Sozial- und Umweltenzyklika *Laudato Si*, einem päpstlichen Lehrschreiben: „Alle Bestrebungen, die Welt zu hüten und zu verbessern, setzen vor allem voraus, »dass sich die Lebensweisen, die Modelle von Produktion und Konsum und die verfestigten Machtstrukturen [von Grund auf] ändern, die heute die Gesellschaften beherrschen«. ~(*Laudato Si* 7) Wer Macht besitzt, kann bestimmen und andere Menschen „beherrschen“. „Kapital“, d.h. Besitz von Geld, Produktionsmitteln und Aktien etc. ist Macht. Mit dieser Macht kann auch in der Gesellschaft und Politik Einfluss ausgeübt werden, im Extremfall gibt es auch ein (politisches) Drohpotential. Wer im Betrieb, in den Unternehmen, in der Wirtschaft Macht besitzt, kann auch Macht ausüben. Letztlich entscheidet Macht in der Gesellschaft und in der Wirtschaft, wer etwas zu entscheiden hat. Der Arbeitnehmer als Einzelperson hat in der Regel keine Macht, er entwickelt erst Macht, wenn er mit anderen Arbeitnehmern in einer Gewerkschaft zusammenschließt, „sich organisiert“. Erst wenn sich die Arbeitnehmer organisieren, können sie langfristig nach und nach Macht entwickeln und ausüben. Arbeitnehmer müssen sich gemeinsam ihrer möglichen Macht bewusst werden, immer wieder muss diese Macht neu erkämpft, verteidigt werden. Macht entsteht auch, wenn Parteien die Interessen der Arbeitnehmer vertreten und dies in politische Macht umsetzen und

Gesetze beschließen, die die Interessen der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften unterstützen. Trotz Betriebsverfassungsgesetz gibt es in circa der Hälfte der Betriebe keinen Betriebsrat, auch Tarifverträge gelten nicht für alle Arbeitnehmer. Tarifverträge bedeuten verlässliche Eingruppierung und vereinbarte Regeln für den Aufstieg und Zusatzleistungen und sind eine wichtige finanzielle Sicherung.

## **Exkurs 2: Wirtschaftsdemokratie: eine Vision**

Fritz Naphtali entwickelte das Konzept einer umfassenden Wirtschaftsdemokratie für den allgemeinen Gewerkschaftsbund (ADGB). Er floh während des Nationalsozialismus nach Israel. (vgl. Fritz Naphtali, (Hrsg.)

Wirtschaftsdemokratie: Ihr Wesen, Weg und Ziel, Herausgegeben im Auftrag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes von Fritz Naphtali, Berlin 1928)

Wirtschaftsdemokratie hat sehr viele Schnittmengen mit dem Laborismus, d.h. des Wirtschaftsmodelles des Vorranges der Arbeit vor dem Kapital (Laborem Exercens), das Monsignore Berchtold (Bad Reichenhall) entwickelt hat. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz hat seit einigen Jahren eine intensive Diskussion über Wirtschaftsdemokratie entwickelt und Beschlüsse gefasst. Hans-Jürgen Urban, Hauptvorstandsmitglied der IG Metall hat in seinem neuesten Buch „Gute Arbeit in der Transformation“ „Wirtschaftsdemokratie als Transformationshebel“ für die Entwicklung „zu guter Arbeit“ beschrieben (Urban 2019, Seite 215). Damit ist die Diskussion in der Gegenwart angekommen.

## **Wirtschaftsdemokratie: eine Vision**

Fritz Naphtali entwickelte das Konzept einer umfassenden Wirtschaftsdemokratie für den allgemeinen Gewerkschaftsbund (ADGB). Er floh während des Nationalsozialismus nach Israel. Wirtschaftsdemokratie hat sehr viele Schnittmengen mit dem Laborismus, d.h. des Wirtschaftsmodelles des Vorranges der Arbeit vor dem Kapital (Laborem Exercens), das Monsignore Berchtold (Bad Reichenhall) entwickelt hat.

## **3.0 Handeln**

### **Überblick: Mitbestimmung in Deutschland**

Vor einigen Jahren war das Jahr des Jubiläums der Mitbestimmung, das Jubiläum wurde gefeiert, doch es gab nur zurückhaltende Überlegungen für eine Weiterentwicklung der Mitbestimmung. Klar ist, dass es zurzeit auch keine wirklichen politischen Mehrheiten für eine Wirtschaftsdemokratie gibt. Während der Wiedervereinigung gab es spannende Diskussionen über eine Weiterentwicklung der Mitbestimmung und einer umfassenden

Wirtschaftsdemokratie. Auch die KAB hat sehr früh ein Unternehmensmodell entwickelt, das es wert ist, auch weiterentwickelt zu werden.

## **Mitbestimmung und Kapital**

Bei SAP besitzen 90 Prozent der rund 20.000 in Deutschland beschäftigten Mitarbeiter Aktien (vgl. Handelsblatt vom 15.9.2019). Bei der Allianz werden 1,22 Prozent der Aktien von über 30.000 Mitarbeitern gehalten, bei Siemens halten über 305.000 Mitarbeiter insgesamt 3 Prozent der Aktien und sind damit der drittgrößte Investor. Die Firma hat ein eigenes Aktienprogramm für ihre Mitarbeiter entwickelt, inklusive Gratisaktien. Auch andere DAX-Unternehmen wie BASF und BAYER etc. beteiligen ihre Mitarbeiter mit Aktien.

Als während der sozial-liberalen Regierung die Chance bestand, über eine stärkere betriebliche Vermögensbeteiligung die Mitbestimmung auszubauen, waren viele in den siebziger Jahren in Gewerkschaften skeptisch. Auch nach der Wiedervereinigung legte u.a. Wolfgang Thierse am 6. August 1991 in der Frankfurter Rundschau unter dem Titel „Ein Weg aus der Sackgasse – ein Anteilschein für jeden Bürger“ Überlegungen zu Vermögensstruktur und Vermögensbildung im vereinten Deutschland vor. 1986 wiesen 295 steuerpflichtige juristische Personen ein Vermögen von jeweils mehr als 200 Millionen Mark aus, das sind 52 Prozent des steuerpflichtigen Gesamtvermögens aller steuerpflichtigen juristischen Personen. 12,3 Prozent der Steuermillionäre besaßen 60 Prozent des steuerpflichtigen Privatvermögens.

Mittlerweile sind nicht nur Kapitalsammelstellen, Hedgefonds, sondern extrem aggressive Fonds auf der Kapitalseite aktiv. Selbst im Bereich der Montanmitbestimmung bei Thyssen-Krupp zeigt sich wie die Kapitalseite aggressiv die Unternehmenspolitik bestimmt.

## **Wirtschaftsdemokratie: Versuch einer vorläufigen Begriffsbestimmung**

Wirtschaftsdemokratie bedeutet eine Wirtschaftspolitik, die über Branchendialoge zur gesamtwirtschaftlichen Wirtschaftslenkung führt. Wirtschaftspolitik muss finanziert werden, z. B. könnte dies durch einen einmaligen Lastenausgleich bei den wirklich Vermögenden geschehen. In Deutschland gibt es über 5 Billionen Euro Barvermögen, eine „Fünf“5 mit 12 Nullen. Jeder Bürger in Deutschland im Alter von 1-100 Jahren hätte theoretisch 50.000 Euro Barvermögen. Das Geld des Lastenausgleichs könnte in einen vierteljährlich besetzten Staatsfonds von z.B. 200 Milliarden oder mehr Euro: Gewerkschaften, Arbeitgeber, Bund, Länder diskutieren Ziele, Schwerpunkte und beschließen dies auch. Aufgaben wären u.a. Branchendialoge durchführen, überlegen, wo investiert werden soll: Die Investitionen werden mit Auflagen verbunden: Mitbestimmung, duale Ausbildungsplätze, Bildungszeit, Weiterbildungsquote, Schwerpunkte bei der

Weiterbildungsquote. Ein Staatsfonds könnte auch Unternehmen übernehmen, um dort eine vollständige Mitbestimmung durchzusetzen, aber auch um Hedgefonds daran zu hindern, Unternehmen aufzukaufen. Die Förderung von Unternehmensmodellen mit größerer Beteiligung ist auch eine wichtige Aufgabe des Staatsfonds, z.B. Genossenschaften, aber auch eine Transformation von Einzelunternehmern geführten Unternehmen in eine andere Unternehmensform z.B. in Genossenschaften.

### **Ergänzende Ideen zu einem „Staatsfond“:**

Die hessische Landesregierung diskutierte eine Zeitlang einen Deutschlandfond für die Zukunft der Rente, aktuell wird über einen Klimafond diskutiert, der durch eine Anleihe finanziert werden soll, die von der Bundesregierung mit z.B. 2% verzinst werden soll. Michael Müller, ehemaliger SPD-Umweltstaatssekretär und derzeitiger Bundesvorsitzender der Naturfreunde, fordert einen Fonds für die Energiewende. Fonds z.B. für die Transformation oder eine Kombination eines Fonds für die Transformation, Energiewende, Verkehrs- und Infrastruktur, werden ebenfalls diskutiert.

### **Ausblick1: Ein paar Aspekte von Wirtschaftsdemokratie anformuliert:**

Das Konzept der Wirtschaftsdemokratie wurde u.a. von Fritz Naphtali 1928 für den ADGB formuliert, später auch von Fritz Vilmar, Oskar Negt und anderen weiterentwickelt.

Wirtschaftsdemokratie: Der Betrieb wird als lebendiger Organismus gesehen mit Mitwirkung, Mitbeteiligung, Mitbestimmung. Qualifizierte betriebliche und gewerkschaftliche Weiterbildung sind dabei wichtige Elemente. Der Arbeitnehmer wird als mündiger Bürger im Betrieb gesehen und so behandelt.

Zur Wirtschaftsdemokratie gehören auch öffentliche Betriebe, Genossenschaften und gewerkschaftliche Eigenbetriebe.

Wirtschaftsdemokratie braucht qualifizierte Arbeitnehmer, die über ihre Rechte informiert sind und ihre Verantwortung auch qualifiziert wahrnehmen können, ein starker Ausbau der Fort- und Weiterbildung steht auf der Tagesordnung.

Hans-Jürgen Urban (Vorstandsmitglied der IG Metall) mahnt in seinem Vortrag bei der SP Schweiz im März 2018 in Bern über „Wirtschaftsdemokratie – eine Alternative zum Finanzkapitalismus?“ die Dringlichkeit der Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungen an. Für ihn sind politische Demokratien ohne Wirtschaftsdemokratie „halbierte Demokratien, (...). Wirtschaftsdemokratie ist ein überbetriebliches Konzept und bedarf einer wirtschafts-, struktur-, arbeitsmarkt-

und sozialpolitischer Flankierung“. Wirtschaftsdemokratie ist für Urban ein Konzept zur Neuverteilung von Macht (Urban, Bern, 2018). Seine Vorstellung von Wirtschaftsdemokratie schließt er mit den Worten von Antonio Gramsci:

„ Jeder Zusammenbruch bringt intellektuelle und moralische Unordnung mit sich. Man muss nüchterne, geduldige Leute schaffen, die nicht verzweifeln angesichts der schlimmsten Schrecken und sich nicht an jeder Dummheit begeistern. *Pessimismus des Verstandes, Optimismus des Willens.*“

Antonio Gramsci, in Anlehnung an Romain Rolland, in: Gefängnishefte, Bd. 1, Hamburg 1991, S. 136.

## **Ausblick 2: Bildung und Wirtschaftsdemokratie**

Für Veränderungsprozesse braucht es Menschen mit ökonomischer und politischer Bildung, damit nicht nur formal eine Veränderung herbeigeführt wird. Schon heute ist die ökonomische und politische Bildung für einen Betriebsrat und Aufsichtsrat existentiell notwendig. Je mehr Menschen in eine Mitbestimmung bis hin zur Wirtschaftsdemokratie einbezogen werden können, desto breiter und tiefergehend muss die ökonomische und politische Bildung fest verankert in den Lehrplänen der Schulen, aber in der betrieblichen und gewerkschaftlichen Bildungsarbeit verankert werden. Größere Mitbestimmung bedeutet auch größere Mitverantwortung, selbstredend damit auch notwendige ökonomische, gesellschaftspolitische und persönliche Kompetenz. Hier sind sicher auch Inhalte der bisherigen dualen Berufsausbildung weiter zu entwickeln.

Weiterführende Literatur:

Bundesverband arbeitsorientierter Beratung, Mitbestimmung braucht Beratung, Marburg, 2015

Bernd Kriegesmann, Thomas Kley, Mitbestimmung als Innovationstreiber, Düsseldorf, 2012

Hartmut Meine, Michael Schumann; Hans-Jürgen, Urban, Mehr Demokratie wagen, Hamburg, 2011,

Helmut Mertens, Neue Wirtschaftsdemokratie, Hamburg, 2010,

Eberhard Schröder u.a. Modell einer laboristischen Ordnung Anregungen der Katholischen Soziallehre für die Kirchliche Jugendarbeit, Schriftenreihe des Jugendhauses Düsseldorf 31, 1980

SP Schweiz, Tagung Mehr Demokratie für die zukunftsfähige Wirtschaft 8/9.März 2018' u.a. Hans-Jürgen Urban, Wirtschaftsdemokratie eine Alternative zum Finanzkapitalismus

SP Schweiz, Positionspapier, eine Zukunft für Alle statt für einige, 2018  
Thomas Steger, Reiner Sieg, Norbert Kluge, Belegschaftsaktionäre in:  
Deutschen Großunternehmen, Report, Mitbestimmungsreport, 38. 11.97

SP Schweiz, Positionspapier, eine Zukunft für Alle statt für einige, 2018

Thomas Steger, Reiner Sieg, Norbert Kluge, Belegschaftsaktionäre in deutschen Großunternehmen,

Report, Mitbestimmungsreport 38, 11/2017

KAB Diözesanverband München und Freising: Beschluss zu Arbeit.Macht.Sinn  
[https://www.kabvmuenchen.de/files/Downloads/KAB-Di%C3%B6zesantrag%20M%C3%BCnchen%202017\\_Leitantrag%20Arbeit.%20Macht.%20Sinn.pdf](https://www.kabvmuenchen.de/files/Downloads/KAB-Di%C3%B6zesantrag%20M%C3%BCnchen%202017_Leitantrag%20Arbeit.%20Macht.%20Sinn.pdf)

# Buchbesprechung: Felix Rauner - Der Weg aus der Akademisierungsfalle

*Die Architektur paralleler Bildungsgänge, Berlin, 2018*

---

Von: **Gerhard Endres** (*Freier Journalist, Berufsschullehrer und Theologe, München*)

## Um was es geht

Schon 1994 plädierte ein Autorenteam um Professor Dr. Hermann Schmidt, damals Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) für ein „eigenständiges und gleichwertiges Berufsbildungssystem“. Ihr Fazit: „Die berufliche Bildung in Deutschland ist in einem Dilemma. Ihr Lehr- und Lernprinzip, die Verbindung von Arbeit und Lernen, hat in seiner durch das Berufsbildungsgesetz begründeten systemischen Ausprägung international Beachtung gefunden und wird weltweit als Vorbild gesehen.“ (BWP 1994, Seite 9). Aber die Autoren schränkten ein: „Doch bis jetzt hat die berufliche Weiterbildung kein klares Profil als alternative Aufstiegsmöglichkeit neben und anstelle des Studiums gewonnen.“ Sie stellten fest: „der berufliche Bildungsweg (bietet) nur eine „zweite Wahl“. (BWP 1994, Seite 10). Ziel sollte „der Ausbau dualer Bildungswege in Form von hochschulalternativen Karrierebildungswegen und/oder alternativer Studiengänge“ (BWP 1994, Seite 9) sein. Das Berufsbildungssystem würde dann drei Teilbereiche enthalten: Ausbildung, Weiterbildung und einen dritten Bereich mit der (Fach-) Hochschule. Die berufliche Weiterbildung wäre in diesem Konzept „integraler, konstitutiver Teil (?) des Berufsbildungssystems“. Sie eröffnet so in ihrer „Aufstiegsfunktion“ betriebliche Karrieren, in ihrer „Anpassungsfunktion“ umfasst sie das vielfältige lebenslange Lernen. „Die (Fach-) Hochschule übernimmt in diesem Modell Funktionen einer umfassenden Weiterbildung“ (BWP 1994, Seite 12). Kennzeichen der Lernorganisation wäre die „Dualität“, bei allen drei Teilbereichen.

## Architektur paralleler Bildungswege-Grundlagen

Professor Felix Rauner legte kürzlich mit seinem Buch „Der Weg aus der Akademisierungsfalle – die Architektur paralleler Bildungswege“ eine Weiterentwicklung dieser Konzeption vor.

Grundlage der Konzeption von Felix Rauner ist „die *Befähigung zur Mitgestaltung der Arbeitswelt*“ (Rauner, Grundlagen beruflicher Bildung, Bielefeld 2017, Seite 5). Seine Begründung: Das Besondere beruflicher Kompetenz und beruflichen

Wissens ist „die Befähigung zur Lösung beruflicher Aufgaben und Probleme *in sozialer und ökologischer Verantwortung*.“ Sie „wird unter Bezugnahme auf die international etablierten grundlegenden Theorien des Lernens für und in der Arbeitswelt begründet.“ (ebenda). Rauner bezieht sich dabei auf die von Harold Garfinkel formulierte Einsicht, „dass man jeden Beruf zuletzt praktisch erlernen muss, ob Steinmetz, Arzt oder Hochschullehrer.“ (Rauner 2017, Seite 9). Zusammengefasst bedeutet das, „dass das Prinzip der Dualität von Arbeiten und Lernen – ohne dass damit eine Reihenfolge unterstellt wird – ein universelles Merkmal jeder beruflichen Bildung ist.“ (ebenda)

## Architektur paralleler Bildungswege – das Konzept

Felix Rauner legt in seinem Buch eine in sich geschlossene Konzeption vor: „in einem durchgängigen dualen beruflichen Bildungsweg vom Lehrling bis zum Doktor Professional – neben einem wissenschaftlichen – verfügt diese doppelgleisige Bildungsarchitektur über das Potential, Bildung und Beschäftigung wieder in ausbalanciertes Verhältnis zueinander zu bringen.“ (Rauner 2018, Seite 2)

Rauner wendet sich daher gegen die international vorherrschende, wie er es nennt, „College for All“-Bewegung, die allerdings 2012 eine Gegenbewegung auslöste, als die G20 Arbeitsminister beschlossen, die Lehrlingsausbildung (wieder) einzuführen. Bekanntlich gibt es in vielen europäischen Ländern eine hohe Jugendarbeitslosigkeit, trotz vieler Studienabsolventen. An fehlenden Bildungsabschlüssen allein liegt es offensichtlich nicht. Vorbild ist für Felix Rauner die Schweiz, das mit ihrem modernisierten Berufsbildungsgesetz festlegte, dass eine erfolgreiche abgeschlossene duale Berufsausbildung Voraussetzung für die Aufnahme eines berufsqualifizierenden Fachhochschulstudiums ist.

Einige Stichworte von Professor Rauner: die duale Berufsausbildung ist nur unzureichend in das deutsche Berufsbildungssystem integriert (Rauner 2018, Seite 25). Auch in diesem Buch betont Rauner „gestaltungsorientierte Berufsbildung“ (Rauner 2018, Seite 41). Teil des Konzepts von Rauner ist auch eine neue Fachrichtungsstruktur (Rauner 2018, Seite 65) Für Rauner ist es wichtig, dass zwischen einer akademischen und beruflichen Bildung (Rauner 2018, Seite 93) unterschieden wird. Die erste Stufe des dualen Bildungsweges ist die duale Berufsausbildung. Für ihn beinhaltet die duale Berufsausbildung u.a. „Kategorien des Identitäts- und Engagement-Modells“ (Rauner 2018, Seite 99): Berufliche Identität, Berufliches Engagement, Betriebliche Identität, Betriebliches Engagement und Arbeitsmodell. (Rauner 2018, Seite 99). Wer will kann dann die Höhere berufliche Bildung auf Meister- und Bachelorniveau ansteuern. Als dritte Stufe folgt – wenn man will – Berufsqualifizierende duale Masterstudiengänge (Rauner 2018, Seite 127).

Fazit: Professor Rauner hat auf 155 Seiten schlüssig dargelegt, dass eine Architektur paralleler Bildungswege möglich ist. Ob dies die Sozialpartner und die Politik aufgreifen? Wünschenswert ist eine intensive Diskussion, da es ja durchaus einige „Baustellen“ in der dualen Berufsausbildung gibt.

# Anmerkungen zum Positionspapier des Beraterkreises des ver.di Projektes „prüf-mit!“

Von: *Hans Borch (Bundesinstitut für Berufsbildung) und Gerd Labusch-Schönwandt (Ausbilder und Betriebsrat)*

---

## Einleitung

Der Ausgangspunkt für das Papier der IG Metall war die Frage, was berufliche Handlungsfähigkeit ist und wie sie geprüft werden kann. Mit dieser Frage setzt sich das Papier des Beraterkreises von ver.di inhaltlich gar nicht auseinander, was aber wichtig wäre, um den Inhalt und die möglichen Konsequenzen zu erörtern.

In Paragraph 1 des Berufsbildungsgesetzes ist festgelegt, dass der Erwerb der beruflichen Handlungsfähigkeit das Ziel der Berufsausbildung ist. Folgerichtig heißt es in § 38 BBiG:

*„Durch die Abschlussprüfung ist festzustellen, ob der Prüfling die berufliche Handlungsfähigkeit erworben hat.“*

Die Handlungsfähigkeit der Berufe des Dualen Systems ist im Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) dem Niveau 4 [1] zugeordnet, d. h. die Fachkräfte sollen befähigt sein, in einem umfassenden, sich verändernden beruflichen Tätigkeitsfeld selbständig

- fachlicher Aufgabenstellungen zu planen und zu bearbeiten,
- Probleme zu lösen,
- Arbeitsergebnisse und -prozesse unter Einbeziehung von Handlungsalternativen und Wechselwirkungen mit benachbarten Bereichen zu beurteilen,
- Abläufe und Ergebnisse zu begründen sowie
- Transferleistungen zu erbringen.

Berufliche Handlungen richten sich auf die Erledigung von Arbeitsaufträgen beispielsweise als Ergebnis eines Kundenwunsches, innerbetrieblicher Aufgabenstellungen oder Teilleistungen eines komplexeren Arbeitsauftrages.

Dabei können folgende Probleme auftreten:

- der Ausgangszustand ist nicht oder nur fragmentarisch bekannt,
- die zu erreichenden Ziele sind widersprüchlich,
- die Ziele liegen fest, aber nur in schematischer Form, d.h. die Details muss der Problemlöser selbst gestalten,
- der Ausgangszustand ist bekannt, die Ziele sind wohl definiert, aber die Wege und Mittel sind unvollständig,
- es treten unvorhersehbare Störungen auf, die die geplanten Ziele, Wege und Mittel obsolet werden lassen. [2]

Daraus ergeben sich folgende Handlungsschritte:

- Analysieren der Ziele des Arbeitsauftrags/ggf. Klären sich widersprechender Ziele, Detaillieren der Ziele,
- Analysieren der Ausgangssituation,
- Planen der Arbeitsauftragsdurchführung:

– Klären der benötigten und vorhandenen Ressourcen,

– Bereitstellen von Wissen und Material (Reproduzieren vorhandenen Wissens sowie Beschaffen und Erschließen nicht präsenter Informationen),

[1] vgl. DQR ([www.dqr.de/content/2334.php](http://www.dqr.de/content/2334.php)). [2] vgl. Margit Frackmann / Michael Tärre (Hrsg.): Lernen und Problemlösen. Hamburg, VSA-Verlag 2003.

- Planen von Handlungsschritten, o Durchführen – situationsgerechtes Einsetzen von Wissen und Können, o Beurteilen des Handlungsergebnisses.

Alle Schritte erfordern bestimmte fachliche, personale und soziale Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnisse und sind in unterschiedlicher Ausprägung notwendige Voraussetzung für berufliche Handlungsfähigkeit.

Soll geprüft werden, inwieweit Auszubildende gerüstet sind für die Ausübung des erlernten Berufs, muss eine Prüfung die beschriebenen Handlungsschritte und ihre Dimensionen in einem ganzheitlichen Handlungszusammenhang abbilden.

Für die Berufsabschlussprüfung bedeutet dies: Die Prüfung muss

- eine typische, für den Beruf relevante Situation darstellen,
- alle Dimensionen beruflicher Handlungen berücksichtigen (in der erforderlichen, berufstypischen Ausprägung),
- Gelegenheit für eine vollständige, in sich schlüssige Handlung bieten.

## Leisten bisherige schriftliche Aufgaben das, was sie leisten sollen – Prüfung der Handlungsfähigkeit?

*Eine einheitliche, komplexe, handlungsorientierte Prüfung ist Voraussetzung zur Lösung komplexer Fallsituationen, die die notwendigen Fertigkeiten und Kenntnisse, das Fachwissen und die überfachlichen Kompetenzen in ausreichendem Maße beinhalten. Ist diese Voraussetzung nicht gegeben, ist die berufliche Handlungskompetenz kaum nachweisbar. Das gilt gleichermaßen für alle Prüfungsbereiche. (Beraterkreis)*

Volle Zustimmung zu dieser Aussage!

Es ist insofern die Frage zu beantworten, in welcher schriftlichen Prüfung die oben genannten Anforderungen nur annähernd erfüllt werden. Erfüllen Multiple-Choice-Aufgaben, die es in der Regel in allen schriftlichen Abschlussprüfungen noch gibt, diese Anforderung?

Eine Analyse eines PAL-Aufgabensatzes für die „Fachkraft für Veranstaltungstechnik“ durch Hans Borch kommt zur folgenden Bewertung:

*„Nach den Prüfungsanforderungen soll der Prüfling nachweisen, dass er in der Lage ist, eine Stromversorgung zu planen, Geräte und Betriebsmittel festzulegen und die Errichtung der Anlage zu planen. Die diesen Anforderungen entsprechenden Aufgaben gibt es nicht. Die Aufgabesätze entsprechen nicht den Prüfungsanforderungen der Ausbildungsordnung. Es wird „Stoff der Berufsschule“ geprüft, nicht aber, ob der Prüfling die berufliche Handlungsfähigkeit erworben hat.“ [3]*

Wie können Reformschritte aussehen, um zu einheitlichen, komplexen, handlungsorientierten Aufgaben zu kommen? Sind die PAL und andere Prüfungsaufgabenerstellungsorganisationen reformierbar? Auf diese Fragen wird in der Stellungnahme des Beraterkreises von Ver.di nicht eingegangen. Vielmehr wird nur folgendes festgestellt:

*Eine eigenständig ausgewiesene Bewertung der berufsschulischen Gesamtleistungen und/oder des berufsschulischen Abschlusses würde diese Einheit*

*entkoppeln und die Prüfung einer umfassenden beruflichen Handlungskompetenz auseinanderreißen. (Beraterkreis)*

[3] Borch, Hans: Sollen die Prüfungsanforderungen im Ausbildungsberuf „Fachkraft für Veranstaltungstechnik“ geändert werden?; 2019; S. 4.

**Eine isolierte Prüfung des „Stoffes der Berufsschule“ wäre nur möglich, wenn einzelne Fragen ohne betrieblichen Kontext gestellt werden. Das schließt das Konzept der IG Metall aber ausdrücklich aus.**

Dort heißt es: „Zur Sicherung der Qualität und Vergleichbarkeit müssten allerdings – wie in anderen Schulbereichen – bundeseinheitliche Bildungsstandards entwickelt werden. Dazu werden schon in den Neuordnungsverfahren von den Sachverständigen der Ausbildungsrahmenpläne und des Rahmenlehrplans Vorgaben für **authentische** Aufgaben erarbeitet und abgestimmt. Damit würden auch die Prüfungsanforderungen Teil der Abstimmung zwischen Bund und Ländern.“ (Siehe Seite 12 im IG Metall-Papier)

Inwieweit dieser Forderungen sich durchsetzen lassen, muss sich zeigen.

Allerdings ist festzustellen, dass die isolierte Prüfung des Berufsschulinhaltes heute mehr oder weniger die Regel ist.

Die „Einheit“ besteht darin, dass diese isolierten Aufgaben zusammen mit anderen Aufgaben gemeinsam in einem Aufgabensatz gedruckt werden. Dabei hilft es auch nicht weiter, wenn „thematische Klammern“ oder unechte Situationsaufgaben [4] vorhanden sind.

Hier müssen konkrete Vorschläge gemacht werden, wie das Ziel erreicht werden soll, einheitliche, komplexe, handlungsorientierte Prüfungen auch in schriftlicher Form, zur Lösung komplexer beruflicher Handlungssituationen zu erarbeiten, die die notwendigen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten, das Fachwissen und die überfachlichen Kompetenzen beinhalten.

Da diese Voraussetzung heute nicht gegeben ist, ist die berufliche Handlungsfähigkeit nicht nachweisbar.

# Kann die Berufsschule die Handlungsfähigkeit prüfen?

*Der Ausbildungsgang des Lehrpersonals beinhaltet wenig berufliche Praxiserfahrung, ohne berufliche Handlungskompetenz in den jeweiligen Berufen. Daraus ergibt sich, dass die Voraussetzungen nicht erworben werden, um handlungsorientiert zu lehren und zu prüfen. Einblicke in den betrieblichen Ablauf, insbesondere bei geänderten Aufgabenstellungen und Prozessabläufen, wie z. B. durch Digitalisierung, fehlen. (Beraterkreis)*

Die Anlage zeigt, dass viele schulische Prüfungsaufgaben nicht anders sind als PAL-Aufgaben. Der Beraterkreis sagt auch deutlich, woran das liegt – obwohl es auch Lehrer gibt, die betriebliche Erfahrungen durch eine Ausbildung haben oder sich konsequent um die Weiterentwicklung ihrer Kompetenz kümmern.

Der Ist-Zustand entspricht oftmals nicht den Ansprüchen, die die KMK formuliert:

*„Die Berufsschule ermöglicht den Erwerb beruflicher Handlungskompetenz“  
(Rahmenvereinbarung über die Berufsschule, Beschluss der KMK; 2015; Seite 2.)*

Ist diese Situation veränderbar?

Das IG Metall-Papier schlägt vor, als Instrument zur Erreichung des Ziels „Erwerb beruflicher Handlungskompetenz in der Berufsschule“ den Hebel „schulische Prüfungen“ zu benutzen. Diese Aufgaben sollen authentische Aufgaben sein, d. h. Aufgaben, die auf der Grundlage komplexer *betrieblicher* Fallsituationen gestellt werden.

[4] zur unechten Situationsaufgabe, siehe: ver.di-Prüferhandbuch, Seite 49.

## Werden im IG Metall-Konzept betrieblich erworbene Kompetenzen und schulisch erworbene Kompetenzen getrennt voneinander geprüft?

*In ihrer Gesamtheit mündet diese Ausbildung in einer Prüfung, in deren Rahmen der Prüfling nachweisen soll, dass er die an beiden Lernorten erworbenen Fertigkeiten, Kenntnisse und Kompetenzen in mehreren Prüfungsbereichen besitzt. Eine eigenständig ausgewiesene Bewertung der berufsschulischen Gesamtleistungen und/oder des berufsschulischen Abschlusses würde diese Einheit*

*entkoppeln und die Prüfung einer umfassenden beruflichen Handlungskompetenz auseinanderreißen. (Beraterkreis)*

*Gewerkschaften haben durch ihre Mitbestimmung bei der Ordnungsarbeit immer darauf geachtet, dass die für die Berufstätigkeit notwendige Gesamtqualifikation in der Ausbildungsordnung des Bundes rechtsverbindlich verordnet wurde. (Beraterkreis)*

Nein, das wäre eine völlig falsche Interpretation.

Die neue Abschlussprüfung bezieht sich auf die in der Ausbildungsordnung vorgeschriebenen betrieblichen Situationen. Geprüft wird, ob die Prüflinge diese Situationen denkend und handelnd bewältigen können, d. h. theoriegeleitet arbeiten können. Dabei werden betrieblich und schulisch erworbene Kompetenzen eingesetzt. Es handelt sich also um eine ganzheitliche Prüfung. Deshalb muss auch zukünftig die Gesamtqualifikation in der Ausbildungsordnung beschrieben werden.

Ähnliches gilt für die Berufsschule. Dort sollen, wie oben beschrieben, authentische Aufgaben sein, d. h. Aufgaben, die auf der Grundlage komplexer *betrieblicher* Fallsituationen gestellt werden. Zur Lösung dieser Aufgaben dürfen alle Hilfsmittel benutzt werden, die betrieblich üblich sind. Es sollen dabei betriebsübliche Produkte entstehen. Natürlich sind die schulischen Aufgaben im Wesentlichen auf Analysen und Planungen beschränkt. Es können aber beispielsweise auch Programmieraufgaben, Bewertungen, Präsentationen und Fachgespräche sein, d. h. alles, was sich schulisch gut abbilden lässt. Grundlage für diese Art der Aufgaben sind nicht nur die notwendigen Fertigkeiten und Kenntnisse, das Fachwissen und die überfachlichen Kompetenzen, sondern auch in der Berufsschule reflektierte Berufserfahrungen. Es handelt sich also auch um eine ganzheitliche Prüfung.

Entfallen sollen allerdings kleinschrittige Kenntnisfragen und unechte Situationsaufgaben, d. h. alles, was durch Auswendiglernen bewältigt wird.

Der Begriff „Stoff der Berufsschule“ führt in eine falsche Richtung und sollte im Gesetz gestrichen werden, denn es geht um den Nachweis von Kompetenzen.

*Die im Konzept vorgeschlagene isolierte Bewertung der berufsschulischen Leistungen entzöge sich der Bewertung des ordentlichen Prüfungsausschusses und läge so ausschließlich in schulischer Hand. (Beraterkreis)*  
*Qualifikationsinhalte, die man der Berufsschule zuweist und die die Berufsschule auch in eigener Zuständigkeit prüft, würden wegen Doppelung mit der Ausbildungsordnung ihre Sinnhaftigkeit verlieren, mit der Tendenz zur Streichung. (Beraterkreis)*

Ja, genau das ist beabsichtigt, um den Aufwand für die Prüfungsausschüsse zu reduzieren. Was in der Schule geprüft wurde, soll nicht mehr betrieblich geprüft werden.

Das Thema „Reduzierung des Prüfungsaufwandes“ ist ein zentrales Moment in der bildungspolitischen Diskussion, beispielsweise bei der Novelle des BBiG.

## Werden gewerkschaftliche Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten aufgegeben?

*Der Rahmenlehrplan der KMK ist in einem gesonderten Verfahren mit der Ausbildungsordnung abgestimmt, erhält jedoch durch die Kulturhoheit der Länder Veränderungen, auf welche die Gewerkschaften keinen Einfluss haben. Somit ergibt sich eine Vielfalt von Rahmenlehrplänen, die noch durch die jeweiligen Berufsschulen in ihrer Lehrfreiheit umgesetzt werden. (Beraterkreis)*  
*Nach Auffassung der Sachverständigen des Beraterkreises des ver.di-Projektes „prüf-mit!“ werden nach dem vorliegenden Konzept der IG Metall gewerkschaftliche Beteiligungs- und Gestaltungsmöglichkeiten durch das Herausnehmen von Zuständigkeiten, ohne Not aufgegeben. (Beraterkreis)*

Das Gegenteil wird angestrebt. Nach den Vorstellungen der IG Metall werden die Prüfungsanforderungen Teil des Abstimmungsverfahrens. Das betrifft sowohl die Abschlussprüfung als auch die Anforderungen an die schulischen Aufgaben. Das wäre ein riesiger Schritt in die Bundeseinheitlichkeit der Berufsschulen.

Im Konzept der IG Metall sind schulische Aufgaben vorgesehen, die auf der Grundlage komplexer *betrieblicher* Fallsituationen gestellt werden. Diese Situationen müssen natürlich aus den Betrieben kommen. Wie dieser Prozess ausgestaltet werden soll, ist im IG-Metall-Papier nicht ausgeführt. Dies bedarf der Abstimmung mit der KMK und den einzelnen Bundesländern. Hier könnte ein neues Handlungsfeld für die Gewerkschaften entstehen.

## Sonderfälle

*Ohne Aussage im Konzept der IG Metall ist die Situation im Umgang mit externen Prüfungsteilnehmenden und mit jungen Erwachsenen, die nicht mehr berufsschulpflichtig nach den Schulgesetzen der Länder sind. (Beraterkreis)*

Richtig. In dem IG-Metallpapier wird der Regelfall dargestellt. Nach der Diskussion des Regelfalls sollten auch die Ausnahmefälle in die Diskussion einbezogen werden.

# Gibt es Alternativen zum IG-Metall-Vorschlag?

Natürlich gibt es Alternativen!

Eine Alternative steht im BBiG-Gesetzentwurf der Bundesregierung:

*Die zuständige Stelle hat vor Beginn der Prüfung über die Bildung von Prüferdelegationen, über deren Mitglieder sowie über deren Stellvertreter und Stellvertreterinnen zu entscheiden. (Regierungsentwurf BBiG § 42 Abs. 2)  
Der Prüfungsausschuss oder die Prüferdelegation kann einvernehmlich die Abnahme und Bewertung einzelner schriftlicher oder sonstiger Prüfungsleistungen ... so vornehmen, dass zwei ... Mitglieder die Prüfungsleistungen selbständig und unabhängig bewerten. (Regierungsentwurf BBiG § 42 Abs. 5)*

Auf der Grundlage dieser Regelung kann man sich ausmalen, wie unliebsame, Gewerkschaftspositionen durchsetzen wollende Prüfungsausschussmitglieder behandelt werden könnten.

*... erstellte oder ausgewählte Antwort-Wahl-Aufgaben können automatisiert ausgewertet werden, wenn das Aufgabenerstellungs- oder Aufgabenauswahlgremium festgelegt hat, welche Antworten als zutreffend anerkannt werden. Die Ergebnisse sind vom Prüfungsausschuss zu übernehmen. (Regierungsentwurf BBiG § 42 Abs. 4)*

Mit dieser Regelung schwindet der Einfluss der einzelnen Prüfungsausschüsse. Die Kammern werden schon dafür sorgen, dass es genügend Antwort-Wahl-Aufgaben in den Aufgabensätzen vorhanden sind, natürlich nur zur „Entlastung“ der Prüfungsausschüsse.

*Die Sachverständigen des Beraterkreises des ver.di Projektes „prüf-mit!“ sind der Auffassung, dass nur in einer einheitlichen Prüfung der zu vermittelnden Ausbildungsinhalte der beiden Lernorte, die berufliche Handlungskompetenz eines Prüflings ersichtlich wird. (Beraterkreis)*

Nicht der Vorschlag der IG Metall segmentiert die Prüfung, sondern durch die vorgesehenen Gesetzesänderungen zur Modernisierung des Berufsbildungsgesetzes wird die Abnahme der Prüfung segmentiert – von einer einheitlichen Prüfung kann dann nicht mehr die Rede sein, weil dem Prüfungsausschuss Teile der Prüfung (vermutlich die schriftlichen Teile der Prüfung, in denen auch der „Stoff der Berufsschule“ geprüft wird) zur Bewertung entzogen werden.

Insofern ist die kritische Auseinandersetzung mit dem Papier der IG Metall gut, wichtig und erwünscht. Wir brauchen aber inhaltliche Vorschläge und Diskussionen, wie wir verhindern, dass die berufliche Bildung durch die Vorgaben der Kammern und des Gesetzgebers für das Prüfungswesen die Qualität der Ausbildung negativ beeinflusst.

Es ist aber auch wichtig, Verbündete zu finden, die mit uns die geplanten Gesetzesänderungen ablehnen.

Es muss deutlich ins Bewusstsein gerückt werden, dass die Prüfung der heimliche Lehrplan für die Ausbildung ist und damit großen Einfluss auf die Qualität und Gestaltung der Ausbildung hat!